



Publikationen des Umweltbundesamtes

Teilstudie

Schnittstellen zwischen den Themen
Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und
Wohlfahrt aus der Sicht umweltpolitisch
relevanter Akteure

Forschungsprojekt im Auftrag des
Umweltbundesamts
FuE-Vorhaben
Förderkennzeichen 205 17 103/02

Oktober 2006

Georg Wilke
Julia Schlüns
Dr. Michael Kopatz

Umweltforschungsplan des BMU
Förderkennzeichen (UFOPLAN) 205 17 103/02

„Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland auf der Grundlage von Experteninterviews und eines Fachgesprächs: Hauptstudie“

Teilstudie

Schnittstellen zwischen den Themen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt aus der Sicht umweltpolitisch relevanter Akteure

Bearbeitung

Georg Wilke (Projektleitung), Julia Schlüns

Unter Mitarbeit von Dr. Michael Kopatz

**Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen**
Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut

**Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie**
GmbH

Institutsleiter

Prof. Dr. Peter Hennicke

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Oktober 2006

Zur Einordnung der Studie

Die vorliegende Studie ist in den Jahren 2005/2006 im Kontext des Forschungsvorhabens „Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland auf der Grundlage von Experteninterviews und eines Fachgesprächs: Hauptstudie“ vom Wuppertal Institut erarbeitet worden.

Aufgrund der Neuheit der Problemstellung wurde der Studie ein interdisziplinärer Workshop „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit als neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“ („Vorstudie“) vorangestellt, der vom Wuppertal Institut in Kooperation mit dem Umweltbundesamt am 12. Mai 2005 in Berlin veranstaltet wurde (vgl. Wilke et al. 2005).

Im Rahmen der darauf aufbauenden Hauptstudie wurden drei Teilstudien erarbeitet:

„Schnittstellen zwischen den Themen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt aus der Sicht umweltpolitisch relevanter Akteure“

„Schnittmengen zwischen den Themen Umwelt, Gerechtigkeit und Wohlfahrt im wissenschaftlichen Nachhaltigkeits- sowie Sozialstaatsdiskurs“

„Potenziale für ein Konzept Ökologischer Gerechtigkeit in ausgewählten Sozial-, Umwelt- und Nachhaltigkeits-Berichtssystemen“

Die durchgeführten Untersuchungen haben explorativen Charakter. Die Ergebnisse sollen einen ersten Überblick verschaffen, ohne damit einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Vertiefende sozialwissenschaftliche Analysen sollten ausdrücklich nicht durchgeführt werden. Soweit dies möglich war, stützen sich die Analysen daher auf bereits vorhandene Untersuchungen. Die durchgeführten empirischen Erhebungen bleiben notwendigerweise exemplarisch.

Die Studien sind in enger Abstimmung mit der Fachbegleitung im Umweltbundesamt entstanden. Für die zahlreichen konstruktiven Hinweise möchten wir uns bedanken.

Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei den Interviewpartnerinnen und -partnern, die sich für die Akteursgespräche zur Verfügung gestellt haben.

Die inhaltliche Verantwortung liegt selbstverständlich beim Wuppertal Institut.

Inhaltsverzeichnis Seite

1	Einleitung	4
2	Standpunkte-Panorama	7
2.1	Nachhaltigkeitsprozess der Bundesregierung	7
2.2	Parteien	10
2.3	Verbände	12
2.3.1	Umweltverbände	12
2.3.2	Andere Verbände, Gewerkschaften, Kirchen	14
2.4	Vermittlungsinstitutionen	19
2.5	Zivilgesellschaftliche Initiativen	22
3	Problemdimensionen und Wahrnehmungsmuster	26
3.1	Wahrnehmung von Gerechtigkeitsproblemen	26
3.1.1	Das Gerechtigkeits thema als neue Herausforderung	26
3.1.2	Vergleich USA und BRD	28
3.1.3	Spezifische Zugänge zur Gerechtigkeits thematik	30
3.1.4	Wahrnehmung von Problemursachen	32
3.2	Zusammenhang zwischen Gerechtigkeits- und Wohlfahrtsverständnissen	33
3.2.1	Grundlegende Prinzipien	33
3.2.2	Wohlfahrtsvorstellungen zwischen Effizienz, Suffizienz und Konsistenz	36
3.3	Nachhaltigkeitsverständnisse, Naturbilder und Umweltgerechtigkeit	38
3.3.1	Nachhaltigkeitsverständnisse	38
3.3.2	Naturbilder	40
3.3.3	Umweltgerechtigkeit	41
3.4	Wahrnehmung von Schnittstellen auf der Handlungsebene	42
3.4.1	Skepsis bezüglich eines Brückenschlags von Umwelt- und Sozialthemen	43
3.4.2	Umweltverhalten und Sozialstaatsumbau	44
3.4.3	Primärer Forschungsbedarf	45
	Literaturverzeichnis	47

1 Einleitung

In diesem Teil der Studie wurde versucht, im Sinne einer Landschaftsbeschreibung einen Überblick über das Panorama an unterschiedlichen Standpunkten und Wahrnehmungsmustern zu geben, wie es sich bei relevanten Akteuren im Feld der Umweltpolitik im Hinblick auf das neue Thema der ökologischen Gerechtigkeit heute darbietet. Untersucht wurde, welche Vorstellungen von Nachhaltigkeit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit bei den Akteuren vorhanden sind und welche Zusammenhänge sie zwischen diesen Vorstellungen sehen.

Dazu wurde eine Dokumentenanalyse (auf der Grundlage einer Literatur- und einer Internetrecherche) durchgeführt und die Ergebnisse im Rahmen von zehn Expertengesprächen überprüft sowie weiterentwickelt. Diese Gespräche fanden in Form leitfadengestützter Interviews mit Vertretern und Vertreterinnen ausgewählter Akteure statt.

Berücksichtigt wurden dabei Akteure, die faktisch (direkt oder indirekt) auf die inhaltliche Gestaltung und Umsetzung der Umweltpolitik in Deutschland einwirken (Schubert 2003, 109 ff). Kriterium für die Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner war darüber hinaus ein möglichst hoher Grad an Expertise. Außerdem sollte ein möglichst breites Akteursspektrum abgedeckt werden. Folgende Interviews wurden durchgeführt:

3. Februar 2006, Berlin: Dr. Klaus Mittelbach, Geschäftsführer von „Econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft“

7. Februar 2006, Berlin: Dr. Günther Bachmann, Geschäftsführer des „Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE“

14. Februar 2006, Heidelberg: PD Dr. Hans Diefenbacher, Beauftragter für Umweltfragen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

14. Februar 2006, Neckargemünd: Dr. Angelika Zahrt, Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

15. Februar 2006, Tübingen: Prof. Dr. Josef Schmid, Mitglied der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Rürup Kommission)

22. Februar 2006, Berlin: Martin Kamp, Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)

23. Februar 2006, Berlin: Andreas Botsch, Abteilung Struktur- und Umweltpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

9. März 2006, Berlin: PD Dr. Reinhard Loske, MdB, Partei Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich Böll Stiftung, einst Forschungsgruppenleiter für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie)

16.März 2006, Berlin: Ulrike Röhr, Leiterin der Geschäftsstelle von Genanet – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit

17.März 2006, Stuttgart: Walter Hirrlinger, Präsident des Sozialverbandes VdK Deutschland

Folgende Leitfragen lagen den Interviews zugrunde:

1. Bitte umreißen Sie kurz die „Mission“ Ihrer Organisation: Welche Ziele und Aufgaben werden von Ihrer Organisation verfolgt, welche Interessen vertritt sie?
2. Spielen in Ihrer Organisation Diskussionen über Gerechtigkeit eine Rolle?
 - a. Gibt es dabei auch *innerhalb* ihrer Organisation Kontroversen?
 - b. In welchen Bereichen nimmt Ihre Organisation in Deutschland besonders große soziale Ungerechtigkeiten wahr?
 - c. Wie könnte dort mehr Gerechtigkeit aussehen?
3. Was ist aus Sicht Ihrer Organisation wichtiger bzw. weniger wichtig für ein lebenswertes Dasein und warum? Auf welchen Bereich oder welche Bereiche beziehen sich die Aktivitäten Ihrer Organisation in der Hauptsache?
 - a. materieller Lebensstandard
 - b. soziale/gesellschaftliche Teilhabe
 - c. Selbstverwirklichung
 - d. Umweltqualität
4. In Anknüpfung an Frage 3: Welche Rolle spielt nach dem Verständnis Ihrer Organisation Umwelt für ein lebenswertes Dasein (sofern nicht bereits genannt)?
5. Sind aus Sicht Ihrer Organisation in Deutschland bestimmte *Personengruppen* in Bezug auf Umweltfragen benachteiligt? Inwiefern und für welche Gruppen setzt sie sich ggf. ein?
6. Welche *Umweltgüter* erscheinen Ihrer Organisation in besonderem Maße ungerecht verteilt bzw. zugänglich?
7. Welche Bedeutung haben *inter-* und *intragenerationelle Gerechtigkeit* für die Arbeit Ihrer Organisation?
 Welche Bereiche wie beispielsweise Bildung, Einkommen, Naturressourcen spielen dabei eine besonders große Rolle?
8. Stellen sich Gerechtigkeitsfragen nur zwischen Menschen? M.a.W., machen Verpflichtungen gegenüber Vögeln bzw. höheren Tieren Sinn? Welche Schutzrechte sollten Tiere und Pflanzen im Vergleich zu Menschen haben?
9. Ist Ihrer Organisation der Begriff „Umwelt-“ oder „Ökologische Gerechtigkeit“ („Environmental Justice“) aus dem deutschen Kontext bekannt? Wenn ja, aus welchem Zusammenhang?

10. Die Agenda 2010 symbolisiert den Beginn der in Deutschland Jahrzehnte diskutierten Sozialstaatsreform. Die Auswirkungen der Sozialstaatsreform werden teilweise sehr unterschiedlich beurteilt.
- Welche Erwartungen verbindet Ihre Organisation mit der Sozialstaatsreform?
 - Könnten die Sozialstaatsreformen Auswirkungen auf das Umweltverhalten der betroffenen Bevölkerungsgruppen haben?
11. Wo bestehen Überschneidungen von sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz?
- Welchen konkreten Beitrag *leistet* aus Sicht Ihrer Organisation die Umweltpolitik bzw. der Umweltschutz allgemein zur Unterstützung der Sozialpolitik, insbesondere zum sozialen Ausgleich und zur Chancengleichheit? Welchen Beitrag *sollte* Ihres Erachtens die Umweltpolitik bzw. der Umweltschutz leisten?
 - Welchen Beitrag *leisten* umgekehrt sozialpolitische Akteure zur Unterstützung der Umweltpolitik, welchen Beitrag *sollten* sie leisten?
 - Welche möglichen *Handlungsbereiche* ergeben sich aus dem Arbeitskontext Ihrer Organisation bezüglich Gerechtigkeit und Umweltschutz?
 - Welche *Mittel* nutzt Ihre Organisation primär bzw. wird sie zukünftig in Bezug auf die Umsetzung von Gerechtigkeit und Ökologie nutzen?
 - Welche *Zielgruppen* spricht Ihre Organisation diesbezüglich primär an bzw. wird sie ansprechen?
 - Wie bewerten Sie bisherige *Erfolge bzw. Misserfolge* Ihrer Organisation bezüglich der Umsetzung von Gerechtigkeit und Ökologie?
 - Gibt es bestimmte Aspekte oder Bereiche, die in diesem Zusammenhang wissenschaftlich untersucht werden sollten? Welche?

Die transkribierten Interviewtexte bildeten ein weiteres Hilfsmittel bei der Fortsetzung, Korrektur und Erweiterung der Dokumentenanalyse.

Zunächst werden im nachfolgenden Kapitel die Ergebnisse der Dokumentenanalyse dargestellt.

2 Standpunkte-Panorama

2.1 Nachhaltigkeitsprozess der Bundesregierung

Das Internet-Forum „Dialog Nachhaltigkeit“ (<http://www.dialog-nachhaltigkeit.de>) liefert einen umfassenden Überblick über den Nachhaltigkeitsprozess der Bundesregierung und damit über den Kern der deutschen Nachhaltigkeitsdiskussion. Zudem besteht dort die Möglichkeit auch eigene Vorschläge und Kritik einzubringen. In Folge der Unterzeichnung der „Agenda 21“ auf dem Rio-Gipfel für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 hat – wie andere Unterzeichnerstaaten auch – die deutsche Bundesregierung ihre erste „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ beschlossen: die „Perspektiven für Deutschland“. Diese im Jahre 2002 verabschiedete Strategie soll als Grundlage für den Nachhaltigkeitsprozess der Bundesrepublik dienen; sie formuliert für alle Politikfelder konkrete Nachhaltigkeitsziele.

Im Mittelpunkt dieser Strategie steht das Bemühen, die Lebenschancen für heutige und nachkommende Generationen zu erhalten. Über ökologische Ziele hinaus versucht das über 200 Seiten starke Papier als Handlungsanleitung für eine Politik der Zukunftsfähigkeit zu dienen, um der Generationen übergreifenden Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung gerecht zu werden. Sie orientiert sich dabei an den vier Leitlinien

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,
- Sozialer Zusammenhalt und
- Internationale Verantwortung.

Die Strategie ist langfristig angelegt. Ferner ist sie auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Handlungsfeldern ausgerichtet. Ein wesentlicher Bestandteil ist dabei zum einen der öffentliche Austausch mit und zwischen den Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft. Zum anderen wird auch einer klaren Handlungsorientierung ein großer Wert beigemessen: In acht Handlungsfeldern werden 21 messbare Ziele und Indikatoren als konkrete Wegmarken definiert. Zu diesen Indikatoren gehören beispielsweise „Energie- und Rohstoffproduktivität“, „Investitionsquote“, „Schadstoffbelastung der Luft“ oder „Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit“.

Mit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsstrategie wurde auch der so genannte „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ (RNE) eingerichtet, ein Personengremium zur Beratung der Bundesregierung, dem ehrenamtlich insgesamt 19 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören. Die Bundesregierung verpflichtete sich gleichzeitig, alle zwei Jahre einen Bericht zu erstellen, in dem die Umsetzung und Fortschreibung der Strategie bilanziert wird. Im Jahre 2004 erschien der erste „Fortschrittsbericht“. Er wurde von der Bundesregierung – analog zu der Strategie – im Dialog mit Bürgern sowie gesellschaftlichen Grup-

pen erarbeitet. Er zieht nicht nur eine Bilanz der bisherigen Entwicklung hinsichtlich der 21 Ziele und Indikatoren, sondern entwickelt auch „neue Themenfelder“ ab 2004.

Hinsichtlich des Themas „Ökologische Gerechtigkeit“ ist in diesem Fortschrittsbericht besonders das vom Rat für Nachhaltige Entwicklung verantwortete Kapitel „Strategie als gesellschaftlicher Prozess“ zur Verankerung der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft wichtig¹. Den Auftrag zu diesem Kapitel hatte die Bundesregierung selbst erteilt, denn bei der Verwirklichung von Nachhaltigkeit seien alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert, sie könne nicht von der Regierung verordnet werden. Als Ergänzung der Bilanz der Umsetzung staatlicher Maßnahmen im Fortschrittsbericht stellt dieses Kapitel eine gesellschaftliche Bilanz zur Nachhaltigkeit dar, in der gesellschaftliche Akteure auch erörtern, welche Themen ganz oben auf der Agenda der Nachhaltigkeit stehen sollten.

Das Kapitel zeigt, dass die Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bei den Menschen bzw. gesellschaftlichen Gruppen meist Zustimmung finden, teils werden sogar umfassendere Herangehensweisen gefordert. Vor allem hinsichtlich der dafür geeigneten Maßnahmen gehen die Meinungen jedoch auseinander. Als ein Kriterium wird dabei auch das Maß sozialer Gerechtigkeit der jeweiligen Nachhaltigkeitsmaßnahmen genannt. Von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden einzelne Maßnahmen als nicht ausreichend gerecht kritisiert. Besonders deutlich werden solche Konflikte in den Bereichen Flächeninanspruchnahme, Energie, Globales, Gesunde Produktion und Ernährung sowie Klima, aber auch im Fall Nachhaltiger Mobilität. Ein Beispiel:

„Die Vertreter der Wirtschaft (...) treten nachdrücklich dafür ein, Verkehrswachstum nicht zu verhindern, sondern als Chance für mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu sehen. Die Umweltverbände vermissen eine kritische Reflexion der ergriffenen Maßnahmen sowie ein stimmiges Gesamtkonzept für die Gestaltung nachhaltiger Mobilität. Ausführungen zur CO²-bezogenen Kfz- sowie zur Kerosinsteuer fehlten. Der Vertreter der Verkehrsunternehmen wie auch die Gewerkschaften bezeichnen die Investitionen in den Schienenverkehr als unzureichend und mahnen einen stärkeren Einsatz für die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene an. Die Gewerkschaften fordern darüber hinaus eine größere Berücksichtigung sozialer Aspekte sowie des Themas Verkehrssicherheit.“ (Bundesregierung 2004: 28)

Eine erschöpfende Darlegung des Meinungsspektrums in diesen Bereichen ist aufgrund der thematischen Vielfalt und der politischen Pluralität an dieser Stelle nicht möglich. Insgesamt reicht das Spektrum von Forderungen nach einer stärkeren Wachstums-, Wettbewerbs- und Effizienzorientierung bis hin zu Forderungen nach einer stärkeren Betonung ökologischer und sozialer Themen.

¹ Der ausführliche Bericht dazu ist am 8.6.2004 als „Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft“ in der Reihe „texte“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung erschienen. Er war vom IFOK Institut für Organisationskommunikation für den RNE erstellt worden.

Weiterhin wichtig für das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ ist auch die Bilanz des Kapitels hinsichtlich der Kommunikation von Nachhaltigkeit in die Gesellschaft. Zum einen bestünden bei dieser bislang noch maßgebliche Defizite, obgleich sie ein wichtiges Element der Nachhaltigkeitsstrategie sei:

„Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie erreicht es bisher noch nicht in der erforderlichen Weise, die Nachhaltigkeit zu bündeln und sichtbar zu machen. Obwohl sie von der Mehrheit der Akteure als wichtig begrüßt wird, gelingt es ihr noch nicht, die gesellschaftliche Agenda der Nachhaltigkeitspolitik unübersehbar zu machen.“ (Bundesregierung 2004: 20)

Nachhaltigkeit finde in der Folge in den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen bislang noch keine deutliche Resonanz und sei bislang nur innerhalb eines begrenzten Expertenkreises relevant. (Bundesregierung 2004: 17ff.)

Zum anderen zeige sich eine deutliche „Renaissance der Werteorientierung“ in der Gesellschaft, verbunden mit der Wahrnehmung, dass Werte im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik bislang nur unzureichend kommuniziert werden (Bundesregierung 2004: 21). Viele Menschen bekundeten diesbezüglich ihre Unzufriedenheit. Teils durchaus richtige Maßnahmen wie die Windenergiegewinnung würden zu stark aus einem technischen Blickwinkel kommuniziert. Es fehle an einer Offenlegung von Zusammenhängen zu kulturellen und gesellschaftlichen Werten.

Im Jahr 2005 brachte die Bundesregierung den „Wegweiser 2005“ auf den Weg, einen weiteren Bericht, mit dem sie ein zweites Mal Bilanz zieht und darüber hinaus die Strategie in ausgewählten Schwerpunktthemen weiter entwickelt. Anders als bei der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 und dem Fortschrittsbericht 2004, auf die der Wegweiser 2005 aufbaut, war aufgrund der kurzfristigen Terminlage ein zuvor breit angelegter gesellschaftlicher Dialog hier nicht möglich. Dennoch haben bei verschiedenen wichtigen Themen Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft oder Mitglieder des Nachhaltigkeitsrates Beiträge geliefert (Bundesregierung 2005: 7). Anders als im Fortschrittsbericht 2004 sind hier die Politikbereiche nicht flächendeckend, sondern anhand bestimmter ausgewählter Themen (z.B. die Kraftstoffstrategie im Kapitel B.III. „Mobilität sichern“) behandelt. Die Arbeit an den Themen, die die Strategie nicht aufgreife, werde fortgesetzt (Bundesregierung 2005: 9).

In dem zwischen CDU und SPD nach den Bundestagswahlen 2005 abgeschlossenen Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung inzwischen auch zu einer weiteren Verfolgung dieser Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet. Sie versteht die Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung als Ziel und Maßstab ihres Regierungshandels, sowohl auf nationaler und europäischer als auch auf internationaler Ebene. Nachhaltigkeitseinrichtungen wie der im Bundeskanzleramt verankerte „Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung“, der „Rat für Nachhaltige Entwicklung“ sowie der „Parlamentarische Beirat“ sollen bestehen bleiben.

2.2 Parteien

Vor rund dreißig Jahren galt Umweltschutz in Deutschland noch als Nischenthema am Rande der politischen Agenda, von vielen als „Luxusthema“ abgewertet. Anders zeigt sich das Bild heute. Alle etablierten Parteien bemühen sich inzwischen, Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsaspekte in ihre Programme zu integrieren und dies in der Öffentlichkeit auch so zu kommunizieren. Einen umfassenden Überblick über die umweltpolitischen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien in Deutschland liefert das Internetportal „Nachhaltigkeit im Netz“ (<http://www.oekoradar.de/de/umweltprogramme/index.html>).

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (CDU/CSU)

Die CDU sieht die primäre Aufgabe des Umweltschutzes darin, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Im vierten Kapitel ihres Grundsatzprogramms vom Februar 1994, in dem sie ihre umweltpolitischen Prinzipien formuliert, verpflichtet sich die Partei explizit zur Bewahrung der Schöpfung. Diese versteht sie als grundlegende Leitlinie des wirtschaftlichen Handelns. Es müsse gelten, Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit zusammenzuführen:

„Wir Christliche Demokraten sind einer Politik verpflichtet, die die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Unser Ziel ist die Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie.“ (CDU 1994: Kapitel 4)

Richtig konzipiert ist Umweltschutz für die CDU ein Wachstumsmotor. Umweltschutz und Wirtschaft dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden (CDU 1994). Ähnlich versteht auch die Schwesterpartei CSU die Bewahrung der Schöpfung als Ausgangspunkt für den Umweltschutz. Als Teil der Schöpfung sei der Mensch berufen, die Umwelt und Natur „zu nutzen und zu gestalten, aber auch zu bewahren und zu erhalten“ (CSU 1993, 21). Auch die starke Verwurzelung in Tradition und Heimat wird in diesem Zusammenhang betont.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Für die SPD ist ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft zentral: „Dieser Umbau unserer Gesellschaft reicht von der Produktidee über den Produktionsprozess bis zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung genutzter Rohstoffe und zur Schließung stofflicher Kreisläufe. Er erfordert eine ökologische Bewertung der eingesetzten Stoffe, Verbindungen und Verfahren.“ (SPD 1989, geändert 1998: Kapitel IV.4)

Da die zunehmende Umweltgefährdung weltweit zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit führe, gelte es den ökologischen Umbau so sozial wie möglich zu gestalten. Weiterhin sei Ökologie nicht als Zusatz zu Ökonomie zu verstehen, denn gesamtwirtschaftlich sei nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Vielmehr gelten Umweltschutz, Naturschutz und Tierschutz auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen folgt. Die

SPD versteht diese als Teil ihrer solidarischen Gesellschaftskonzeption (SPD 1989, geändert 1998).

Bündnis 90/ Die Grünen

Diese Partei definiert Umweltschutz explizit als "eine Frage der Gerechtigkeit" (Bündnis 90/Grüne 2002). Mit Gerechtigkeit spricht die Partei dabei sowohl die intergenerationelle als auch die intragenerationelle (internationale wie nationale) Ebene an:

„Es sind die ärmeren Bevölkerungsschichten innerhalb einer Gesellschaft, die am meisten unter Verkehrslärm, Luftverschmutzung, ungesunden Nahrungsmitteln, vergifteten Böden oder Trinkwassermangel zu leiden haben. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. (...) Umweltschutz ist auch eine Frage der internationalen Gerechtigkeit.“ (Bündnis 90/Grüne 2002)

Auch die Frage der Geschlechtergerechtigkeit schließt die Partei explizit mit ein. Weil Ökologie und Demokratie untrennbar zusammengehörten, müsse in allen Fragen vor allem die demokratische Teilhabe der Menschen an den wesentlichen ökologischen und ökonomischen Entscheidungen gewährleistet sein.

Freie Demokratische Partei (FDP)

Die FDP versteht unter Umweltschutz in erster Linie die Pflicht jeder Generation, die Freiheitschancen zukünftiger Menschen zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch zu riskieren. Zukunftsverträglichkeit gehöre zu den wesentlichen Grundlagen des "modernen Liberalismus". Umweltpolitisches Ziel der Partei ist eine Ökologische Marktwirtschaft, für die Nachhaltige Formen des Wirtschaftens wesentlich seien. Dabei setzt die Partei in erster Linie auf die Eigenverantwortung von Bürgern und Wirtschaft sowie auf begrenzte staatliche Vorgaben, die flexible Lösungen ermöglichen (FDP 2002):

„Liberale Umweltpolitik, die dem marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip verpflichtet ist, verlangt nach einem sparsamen und verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen ohne Dirigismus und ohne Anmaßung von Wissen durch den Staat. Die FDP setzt auf mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie, Verlässlichkeit und Planungssicherheit sowie auf Kostensenkung durch Effizienzverbesserung und Innovation.“ (FDP 2002: 2-3)

Linkspartei.PDS

Die "ökologische Zukunftspolitik" der Linkspartei.PDS orientiert sich wesentlich an dem Prinzip der Untrennbarkeit von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Ihr wichtigstes umweltpolitisches Ziel dabei ist die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen zur Abwehr globaler Bedrohungen. Um dieses Ziel zu erreichen, hält sie eine grundlegende Änderung der Produktions- und Lebensweisen in Deutschland für unabdingbar:

„Die PDS setzt sich für eine Politik ein, die die Grenzen traditioneller ökologischer Reparaturpolitik überwindet und auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt.“ (Linkspartei 2003: Kapitel III.4)

Denn eine Bedingung der Lösung der ökologischen Frage sei die Lösung der sozialen Frage geworden - ohne ein Maß an sozialer Sicherung könne es in der Bevölkerung keine Bereitschaft zu Änderungen des Lebensstils geben. Tiefgreifender als eine „Effizienzrevolution“ in Produktion und Verbrauch sei ein „kultureller Wandel“ nötig.

2.3 Verbände

2.3.1 Umweltverbände

Eine zunehmende Anzahl an deutschen Umweltverbänden thematisiert im Rahmen ihrer Arbeit auch Probleme der Gerechtigkeit. Der größte unter den Umweltverbänden Deutschlands, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), ist besonders stark gerechtigkeitspolitisch engagiert, wie viele der Umweltverbände vor allem in intergenerationaler Hinsicht (hoher Ressourcenverbrauch) und in intragenerationeller globaler Hinsicht (Nord-Süd-Gerechtigkeit). Eine Analyse von wahrgenommenen Zusammenhängen zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ist daher an diesem Beispiel besonders gut durchführbar und aufschlussreich.

Eine wesentliche Ursache für Gerechtigkeitsprobleme im Umweltbereich sieht der BUND zunächst in dem „Klischee vom Gegensatz zwischen dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Schutz von Natur und Umwelt“ (BUND 2004, 7). Dieses nach seiner Ansicht noch immer verbreitete Verständnis führe zu dem gegenwärtig dominanten neoliberalen Kurs eines Abbaus von Regelungen, die die Umwelt schützen, und von Instanzen, die diese Gemeinwohl sichernden Regelungen bisher durchgesetzt und ihre Einhaltung überwacht haben (BUND 2004, 7).

Der BUND nimmt derartige Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gerechtigkeit jedoch nicht nur faktisch wahr, sondern gründet darauf auch eine seiner wesentlichen Politikbotschaften: Er lehnt die so genannte Dreisäulentheorie der Nachhaltigkeit von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem, nach der diese Säulen als gleichgewichtig zu bewerten seien, explizit ab. Da klar ökologische Belastbarkeitsgrenzen bestünden, müssten sich wirtschaftliche und soziale Entwicklung darin einfügen (Politische Ökologie 2003: 61). Nachhaltigkeit sei ein integratives Konzept mit Umwelt als Basis, für das die Frage der Gerechtigkeit konstitutiv sei. Die Gerechtigkeitsfrage stelle sich dabei sowohl zwischen den Staaten als auch innerstaatlich:

„Das (die Frage nach Gerechtigkeit, Anm. d. Verf.) trifft auf Umwelt, Armut und auf Nord und Süd zu, aber auch wie wir innerhalb der Bundesrepublik Ressourcen verteilen, ist wichtig.“ (Politische Ökologie 2003: 62).

Insgesamt nimmt er Gerechtigkeitsfragen vor allem in inter- und in intragenerationeller globaler Hinsicht wahr („Globalisierungskritik und Umweltschutz gehören zusammen: (...) Können wir ökologische Standards für Entwicklungsländer fordern, wenn unser eigener

Lebensstil um ein Vielfaches problematischer ist?“, Zahrnt 2003: 2). Er benennt Probleme bezüglich Ökologie und Gerechtigkeit vor allem in folgenden Bereichen:

- Gentechnik (u.a. Initiative „Faire Nachbarschaft“, der gemäß Landwirte selbst und nicht die Landesregierung oder Kommune entscheiden, ob Gensaatgut auf den Acker kommt oder nicht; BUND 2004, 8),
- Lärmbelastung (u.a. Projekt „Kommunale Handlungsstrategien gegen Lärm“ zur Unterstützung von Gruppen und Bürgerinitiativen für eine nachhaltige Verkehrs- und Städtebaupolitik; BUND 2004: 11),
- Klimaschutz (u.a. Kampagne für eine Kerosinsteuer; BUND 2004: 12)

Aus den Zielen von „Friends of the Earth International“, deren deutsche Vertretung der BUND ist, werden signifikante Gerechtigkeitsprinzipien, denen der BUND besonders in internationaler Hinsicht folgt, deutlich (<http://www.bund.net>):

- Verfahrensgerechtigkeit: „Partizipationsmöglichkeiten und demokratische Entscheidungsprozesse zu vermehren, die von grundlegender Bedeutung für den Umweltschutz und ein vernünftiges Ressourcenmanagement sind“, „soziale, ökonomische und politische Gerechtigkeit“, „Chancengleichheit von Männern und Frauen“
- Zugangsgerechtigkeit: „einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene“
- Verteilungsgerechtigkeit: „für eine faire und gerechte Verteilung von Umweltgütern“ (Zahrnt 2003: 1)

Ferner bezieht er klar Stellung gegen eine „neoliberale ökonomische Globalisierung“ (<http://www.bund.net>). Dabei ist er nicht prinzipiell gegen Globalisierung, sondern gegen eine Liberalisierung und ein ungerechtes Welthandelssystem und für Nachhaltigkeit und plädiert für eine wirtschaftliche Globalisierung nach sozialen und ökologischen Kriterien (Zahrnt 2003, 1). Statt mehr Rechten und Freiheiten für multinationale Konzerne fordert er „Rechte für Menschen und Regeln für Konzerne“ (Zahrnt 2003: 1), statt Freiwilligkeit auf Unternehmerseite verbindliche Regeln und Standards und ein „ökologisch-soziales Regulierungssystem, bei dem Umwelt- vor Handelsregeln gehen“ (Zahrnt 2001: 191):

„Den betroffenen Menschen muss das Recht garantiert werden, über den Zugriff von Konzernen auf ihre Ressourcen und natürlichen Lebensgrundlagen frei zu entscheiden. Multinationale Unternehmen müssen für ökologisch und sozial schädliches Verhalten voll haftbar gemacht werden können – weltweit.“ (Zahrnt 2003: 1)

Auch wendet er sich gegen Deregulierung und das Prinzip der Freiwilligkeit (Zahrnt 2003: 2) und möchte, dass im Gegenteil Staaten und Regierungen mehr Verantwortung übernehmen. Das Welthandelssystem beispielsweise sei kein Selbstgänger, vielmehr müssten die EU bzw. die Bundesregierung für ein ökologischeres, gerechteres, nachhaltigeres Welthandelssystem eintreten (Zahrnt 2003: 2).

Während auch viele andere Umweltverbände, wenngleich nicht immer so explizit und umfassend wie der BUND, insgesamt schon zahlreiche Verknüpfungen von Umweltthemen und Themen sozialer Gerechtigkeit vornehmen, erscheint eine solche Entwicklung für die Umweltbewegung als ganze nicht ganz unproblematisch. Dies bestätigt auch die derzeitige BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt. Für problematisch hält sie beispielsweise die noch mangelnde soziale Fachkompetenz von Umweltverbänden oder die Tatsache, dass zum einen soziale Themen in einer Umweltorganisation wie dem BUND nur von „begrenztem Interesse“ seien und der Verband zum anderen als Umweltorganisation in der Öffentlichkeit mit derartigen Themen weniger wahrgenommen werde (Politische Ökologie 2003: 61).

Unter Wohlfahrt versteht der BUND nicht den rein materiellen Lebensstandard, sondern Lebensqualität. Das Konzept der Lebensqualität schließt sowohl materielle als auch immaterielle, objektive als auch subjektive, individuelle als auch kollektive Komponenten ein. Wesentliche Prinzipien des BUND, Mitauftraggeber der 1996 veröffentlichten einflussreichen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, sind diesbezüglich beispielsweise: „langsamer, weniger, besser und schöner“, „Güterwohlstand statt Zeitwohlstand“, „gut leben statt viel haben“ (Politische Ökologie 2003: 59). Dabei nimmt er eine wachstumskritische Haltung ein. Er wendet sich explizit gegen, wie Angelika Zahrnt es formuliert, „phantasie- und aussichtslose Wachstumsbeschwörer“ und setzt sich für neue Konzeptualisierungen von Wohlfahrt ein (Zahrnt 2005: 2-3). Dazu fordert er zu einer Auseinandersetzung mit der Ideologie des Wirtschaftswachstums auf:

„Die Debatte aus den 70er und 80er Jahren soll nicht aufgewärmt werden, sondern sie muss auf neuen Erkenntnisgrundlagen und bei neuen Herausforderungen neu geführt werden: Wie ist das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Wachstum?“ (Zahrnt 2005: 3)

Auf der Handlungsebene strebt der BUND mittel- und langfristig Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit an und möchte dafür u.a. auch „neue Allianzen“ fördern, um das bislang recht verfestigte Bild der getrennt agierenden gesellschaftlichen Akteursgruppen aufzubrechen (Zahrnt 2001: 188-191; Zahrnt 2005: 2). Der BUND bezieht sich damit konkret sowohl auf die globale als auch auf die lokale Ebene und meint Allianzen zwischen der Politik, Umweltorganisationen, Kirchen, der Wissenschaft, Gewerkschaften, Unternehmen, dem Handwerk, den Bauern, Entwicklungshilfeorganisationen, den Konsumenten, etc. Die konkrete Arbeit von Allianzen solle nicht in strenger Arbeitsteilung ablaufen (Politische Ökologie 2003: 62). Allerdings müssten sich die Aktivitäten jedes Akteurs immer „an dem Themenfeld orientieren, das man bearbeitet“ (Politische Ökologie 2003: 62).

2.3.2 Andere Verbände, Gewerkschaften, Kirchen

Viele Verbände, beispielsweise Verbände von (christlichen) Arbeitnehmern, von Kirchen oder von Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken, Rentnern, Patienten, oder von Sozialhilfeempfängern beschäftigen sich vornehmlich mit Problemen sozialer Art. In die-

sen Kontexten sind Gerechtigkeitsfragen bereits aufgrund der Aufgabenstellung wesentlich, jedoch nicht selten in Verbindung mit ökologischen Fragen.

Die Probleme, denen sie sich in erster Linie zuwenden, sind beispielsweise Probleme im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und Gesundheitspolitik, der Alterung der Bevölkerung, sich wandelnden Geschlechterrollen, dem Wertewandel, der scheinbaren Entgrenzung von Möglichkeiten und abnehmenden Bindungskraft des Religiösen, der zunehmenden sozialen und kulturellen Entwurzelung vieler Menschen, dem Europäischen Einigungsprozess, der Globalisierung der Weltwirtschaft und zugleich der Regionalisierung von Märkten (CDA 2001: 5; Hirrlinger 2003: 1).

Die Umweltbelange, die sich mit derartigen Problembereichen sozialer Gerechtigkeit überschneiden, sind zahlreich. Sie werden meist im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte thematisiert. Innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)² beispielsweise werden im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte sehr deutlich auch gerechtigkeitsrelevante Umweltprobleme wahrgenommen, im kirchlichen Sprachgebrauch als Probleme der „Bewahrung der Schöpfung“ bezeichnet: Der Erhalt der Erde in einem lebenswerten Zustand auch für nachfolgende Generationen sei in Gefahr und damit die Wahrung intergenerationeller Gerechtigkeit. Während die Theologie in der Schöpfung lange Zeit nur „die Bühne für das eigentliche Werk der Erlösung“ gesehen hatte und keine Probleme damit hatte, dass die „Natur der Neuzeit und Industrialisierung je länger je mehr zur bloßen Verfügungsmasse in der Hand des Menschen“ geworden war, hat sich dieses Bild seit den 1970er Jahren wesentlich geändert. Die Umwelt wurde seither als „Mitwelt“ verstanden und von der Kirche als die dem Menschen zum Bewahren anvertraute Schöpfung Gottes anerkannt. Der Einsatz für den Schutz dieser Mitwelt oder besser: die Bewahrung der Schöpfung gehört heute damit auch unmittelbar zum Auftrag der Kirchen selbst (AGU 2005b).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Gewerkschaften. Sie hatten sich ursprünglich gebildet, um das Problem von Ausbeutung und Unterdrückung am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als gewerkschaftlicher Dachverband Deutschland³ beispielsweise verstand und versteht dieses Problem sozialer Ungerechtigkeit verbunden mit einem nach wie vor aktuellen „Interessengegensatz von Kapital und Arbeit“ (DGB 1996: 2). Doch nimmt er unter den Bedingungen von Globalisierung und gesellschaftlichem Wandel gleichzeitig vielfältige *neue* Probleme sozialer Ungerechtigkeit wahr, die teilweise auch ökologische Fragen betreffen.

In seinem Grundsatzprogramm listet der DGB zum Beispiel Konflikte zwischen den Geschlechtern auf, zwischen ökonomischer Entwicklung und ökologischer Erneuerung, zwischen zunehmender Globalisierung und ethnischer oder nationalistischer Verengung, sowie Konflikte im Zusammenhang mit einer Individualisierung und Differenzierung der Le-

² Mehr Informationen unter <http://www.ekd.de/>.

³ Mehr Informationen unter <http://www.dgb.de/>.

bensstile und der Wertorientierungen der Menschen (DGB 1996: 2). So schließt er in seine Vision von mehr Gerechtigkeit heute ebenfalls ökologische Aspekte mit ein. Er strebt explizit eine „lebenswerte (...) Zukunft, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Verantwortung gewährleistet sind“ an (DGB 1996: 1).

Der Gedanke sozialer Gerechtigkeit ist für alle betrachteten Verbände und Organisationen wichtig, für viele sogar identitätsstiftend. So hält ihn die CDA („Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands“)⁴ für konstitutiv für ihr christlich-soziales Menschenbild (CDA 2005: 1). Ebenso gehen mehr oder weniger alle analysierten Verbände in ihrer Arbeit auf verschiedene Dimensionen sozialer Gerechtigkeit ein. Als besonders prominent erweist sich dabei die Dimension der Teilhabe- und Chancengerechtigkeit, aber auch die der Verteilungsgerechtigkeit. Bezüglich jeder dieser Dimensionen entwickelt bzw. folgt jeder Verband seine(n) eigenen spezifischen Prinzipien, die ihn, wenn auch häufig nur in Nuancen, von anderen Verbänden unterscheiden.

Wie stellen sich die Gerechtigkeitsprinzipien dieser Verbände konkret in wesentlichen Umweltfragen dar? Zunächst messen die betrachteten Verbände der Frage des Umweltschutzes per Definition weniger Bedeutung bei als speziell darauf ausgerichtete Umweltverbände. Viele unter ihnen konstatieren jedoch durchaus eine Tendenz hin zu einer immer stärkeren Verwobenheit ökologischer und sozialer Aufgaben (DGB 1996: 12). Sie sehen Umweltbelastungen nicht selten als gefährlichen Risikofaktor für eine gerechte Gesellschaftsordnung (DGB 1996: 11). Das bedeutet, die Umweltbezüge, die sie wahrnehmen, ergeben sich vor allem über die Brücke ihrer Besorgnis um soziale Gerechtigkeit, dies besonders stark im Hinblick auf intergenerationelle Gerechtigkeit.

So bezieht sich die EKD im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte im Umweltzusammenhang besonders deutlich auf Fragen intergenerationeller Gerechtigkeit gemäß des christlichen Prinzips der „Bewahrung der Schöpfung“. Die Kirche insgesamt sei hierzulande eine der ersten Institutionen gewesen, so Hans Diefenbacher, Beauftragter für Umweltfragen der EKD, die den Begriff der Nachhaltigkeit „aktiv verwendet“ habe (Diefenbacher 2002, 192). Besonders bezeichnend für die Position der Kirche ist es dabei, dass sie sich konsequent dafür einsetzt (noch) nicht überschaubare größere Risiken, wie die Nutzung der Kernenergie zur Energiegewinnung oder den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft, in jedem Fall auszuschließen (AGU 2005; AGU 2005a). Die „Ehrfurcht vor dem von Gott geschaffenen Leben“ müsse Vorrang vor allem technisch Machbaren haben (AGU 2003: 2).

Auch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) sieht deutliche Zusammenhänge zwischen intergenerationeller sozialer Gerechtigkeit und Umwelt und spricht von einer „ökologische(n) Verantwortung für künftige Generationen“ (CDA 2001: 19). Eine Nichtbeachtung der ökologischen Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

⁴ Mehr Informationen unter <http://www.cda-bund.de/>.

Entwicklung zerstöre die Chancen zukünftiger Generationen. Auch sie interpretiert das Leitbild der Nachhaltigkeit in erster Linie als ökologische Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen und hält damit wie viele andere Verbände auch Maßnahmen wie Ressourcenschonung und Effizienzsteigerung für notwendig.

Viele der Verbände unterstützen jedoch neben intergenerationellen Belangen auch Belange intragenerationeller umweltbezogener Gerechtigkeit; so die CDA beispielsweise mit ihrer expliziten Fürsprache für die Durchsetzung des Verursacherprinzips (CDA 2001: 20).

Häufig erfolgt ein Engagement für intragenerationelle Gerechtigkeitsfragen im Umweltbereich jedoch stärker bei internationalen als bei innerdeutschen Fragen. Die CDA etwa fordert auf europäischer Ebene mehr soziale Gerechtigkeit in Bezug auf Umweltfragen durch eine Harmonisierung der Besteuerung von Energie auf europäischer Ebene (CDA 2001: 20). Oder der DGB thematisiert generell, dass umweltschädliche Produktionen nicht ungerecht räumlich verteilt werden dürften. Während insgesamt angestrebt werden sollte, bestehende Standorte ökologisch umzubauen, dürften umweltschädliche Produktionen nicht ins Ausland verlagert werden (DGB 1996: 9).

Fragen intragenerationeller umweltrelevanter Gerechtigkeit innerhalb Deutschlands werden meist maximal implizit thematisiert. Eine der wenigen Ausnahme bildet hier die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie thematisiert etwa im Bereich Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung auch Fragen der Gerechtigkeit. In der Landwirtschaft befürwortet sie beispielsweise eine gemeinschaftliche Abkehr von der Gentechnik und daher „regionale Initiativen, in denen Bauern ihre Ländereien zu gentechnikfreien Zonen zusammenschließen, um sich auf diese Weise vor unerwünschten Verunreinigungen der Produkte zu schützen.“ Ihr Motiv dabei ist es, mögliche Konflikte unter Landwirten und zwischen Landwirten und Verbrauchern zu vermeiden (AGU 2005). Im Hinblick auf die Verbraucher gehe die Wahrung der freien Entscheidungsmöglichkeit vor eine freie Erzeugung gentechnisch veränderter Produkte. Daher spricht sie sich klar gegen die Option einer Vermischung konventioneller und gentechnisch veränderter Produkte aus (AGU 2003: 1). Die Risiken für Gesundheit und Umwelt seien insgesamt zu groß und erst langfristig angemessen zu überblicken. Ziel müsse daher sein, gesetzliche Rahmendaten zum Schutz der Verbraucher und Bauern zu setzen. Die AGU strebt eine staatliche Regulierung der Gentechnik an, die auch den internationalen Handelsinteressen nicht untergeordnet werden dürfe (AGU 2003: 4).

Deutlich wird insgesamt auch, dass viele der betrachteten Verbände einen klaren Zusammenhang zwischen verstärktem Umweltschutz und mehr Arbeitsplätzen und damit mehr sozialer Gerechtigkeit sehen. So hält die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) beispielsweise hohe Umweltstandards auch für förderlich für mehr Arbeitsplätze, denn sie seien dafür verantwortlich, „dass Deutschland heute auf dem wachsenden Weltmarkt für Umweltschutztechnik an erster Stelle liegt und damit Hunderttausende Arbeitsplätze sichert“ (CDA 2001: 20). Der Staat stünde in einer besonderen Verantwortung,

Umwelt- und Energiepolitik so auszurichten, dass Investitionen und Arbeitsplätze entstünden.

Vor allem von dem Gewerkschaftsdachverband DGB werden häufig direkt umweltbezogene Gerechtigkeitsfragen thematisiert. Er bezieht sich explizit auch im Umweltbereich auf Chancengerechtigkeit - Chancengerechtigkeit als Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten bei Umweltbedingungen und im Ressourcenverbrauch:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch höhere Energie- und Rohstoffpreise belastet werden, ohne an einer Entlastung des Faktors Arbeit zu partizipieren, müssen einen sozialen Ausgleich erhalten. Solange Unternehmen bzw. Industriebereiche auf Grund spezifischer Bedingungen ihrer Produktion (z.B. Prozessenergie) nicht zumutbare Nachteile gegenüber Wettbewerbern aus anderen Ländern haben, sollten Steuerbefreiungen sowie Steuerermäßigungen gelten. (DGB 1996: 9)

In ihre Vorstellungen von Wohlfahrt beziehen viele der analysierten Verbände ähnlich wie Umweltverbände nicht nur den materiellen Lebensstandard in Form gesicherter Einkommen und sozialer Absicherungen ein, sondern auch Lebensqualität in Form beispielsweise von sozialen Beziehungen, erwerbsarbeitsfreier Zeit und Umweltqualität (DGB 1996: 3-4). Wesentliche Bestandteile der Umweltkomponente von Lebensqualität sind für den DGB etwa „langlebige Produkte, eine verbesserte Infrastruktur, ökologischer Städtebau, stärker regionalisierte Märkte und eine gesunde Umwelt“ (DGB 1996: 9).

Auf der Handlungsebene sprechen viele der betrachteten Verbände ihre Unterstützung für Forderungen aus, die Umweltverbände im Hinblick auf mehr umweltbezogene Gerechtigkeit stellen. So fordern auch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) oder die Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beispielsweise eine konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips durch ordnungspolitische wie marktwirtschaftliche Instrumente, eine Belohnung umweltschonenden und Bestrafung umweltschädigenden Handelns, eine Fortentwicklung ökologischer Elemente im Steuersystem, eine Vereinheitlichung des zersplitterten deutschen Umweltrechts mit einem Umweltgesetzbuch, eine Stärkung der Rolle der regenerativen Energien im Energie-Mix und eine Einhaltung des CO²-Minderungsziels (CDA 2001: 20; DGB 1996: 9; AGU 2005a). Neben politischen Rahmenbedingungen sehen sie in sozialen und ökologischen Fragen häufig auch Fragen des individuellen Lebensstils als bedeutsam. Nicht allein eine größere Effizienz von Technologien sei notwendig, sondern ebenso mehr Suffizienz der Lebensstile (DGB 1996: 9). Sie appellieren auch an die Verantwortung des Einzelnen für die Einhaltung wichtiger Umweltziele.

Deutlich wird jedoch auch, dass verbale Verlautbarungen und praktische Umsetzung bislang nicht immer in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen. So konstatieren verschiedene Vertreter der evangelischen Kirche beispielsweise Defizite bei der praktischen Umsetzung ihrer zahlreichen politischen Stellungnahmen und Beschlüsse. Trotz wirksamer Projekte wie „Energisch Energie sparen“ oder dem Verbot, Klärschlamm auf kirchlichem Pachtland

auszubringen, sei es bislang nur partiell gelungen, ihrem Engagement für die Bewahrung der Schöpfung in ihren eigenen Einrichtungen in der Breite tatsächlich praktisch Gestalt zu verleihen. Häufig seien Ideen im Stadium von Pilotprojekten stecken geblieben (Diefenbacher 2002: 193). Auf der anderen Seite erfolge ein Großteil der innerkirchlichen praktischen Umweltarbeit allein bereits in Form von Predigten, Gebeten und Andachten, in denen Fragen von Umwelt und Gerechtigkeit thematisiert werden.

2.4 Vermittlungsinstitutionen

Viele Institutionen dienen wesentlich dem Zweck, Nachhaltigkeit zu kommunizieren und in die Gesellschaft hineinzutragen. Auch von diesen Vermittlungsinstitutionen werden vielfach Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit bzw. gerechtigkeitsrelevante Umweltfragen thematisiert.

Zunächst einheitlich nehmen alle aus diesem Bereich betrachteten Organisationen die Frage einer angemessenen und wirkungsvollen Vermittlung als ein wichtiges Problem im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit wahr. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)⁵ beispielsweise wurde im Jahr 2001 von der Bundesregierung explizit u.a. speziell dazu berufen, Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen. Das Nationalkomitee der Deutschen UNESCO-Kommission⁶ wurde im Rahmen der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ speziell dafür eingesetzt, Nachhaltigkeit im deutschen Bildungssystem zu verankern.

Beide sind Personengremien, die sich aus Experten aus Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft, Kultur, Politik und Verbänden etc. zusammensetzen. Und beide nehmen, wie andere Vermittlungsorganisationen auch, noch immer einen Mangel an Verankerung des Nachhaltigkeitsleitbildes in Politik und Gesellschaft wahr. Das Nationalkomitee hebt dabei besonders die Bedeutung von Bildung und lebenslangem Lernen für eine umfassende Nachhaltigkeitspolitik hervor (DUK 2003: 1). Der Nachhaltigkeitsrat betont seinerseits die Bedeutung von Dialog.

National wie international halten diese Vermittlungsinstitutionen eine Veränderung von Einstellungen, Denkstilen und Verhaltensweisen unter den Bürgern für notwendig. In ihrem Bemühen um einen Wertewandel in der Gesellschaft (vgl. RNE-Jahrestagung 2004) wird deutlich, dass sie Gerechtigkeitsfragen sowohl auf kollektiver, als auch auf individueller, privater Ebene verorten (Hauff 2004 und 2005: 2).

Eine weitere Vermittlungsorganisation, die wiederum andere Akzente setzt, ist „genanet - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Nachhaltigkeit“⁷, eine bundesweite

⁵ Mehr Informationen unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>.

⁶ Mehr Informationen unter <http://www.dekade.org/>.

⁷ Mehr Informationen unter <http://www.genanet.de/>.

Vermittlungs- und Servicestelle, die sich mit der Geschlechterproblematik im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich beschäftigt (Life e.V. 2005). Sie sucht das Prinzip Nachhaltigkeit vor allem im Hinblick auf frauenpolitische Gerechtigkeitsprobleme zu vermitteln. Während in den ärmeren und weniger entwickelten Regionen der Welt Unterschiede zwischen den Geschlechtern vermehrt wahrgenommen werden, werde dem Problem in den Industrieländern, so auch in Deutschland, bis heute zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. So bezeichnet genanet selbst es als ein explizites Gründungsmotiv der Leitstelle, „Geschlechtergerechtigkeit in Umwelt und nachhaltiger Entwicklung im industrialisierten „Norden“ der Welt - und hier speziell in Deutschland - zu thematisieren“ (<http://www.genanet.de>). Denn Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik seien nicht geschlechtsneutral. Umweltbewusstsein und Umweltverhalten beispielsweise seien bei Männern und Frauen unterschiedlich ausgeprägt, viele Umweltchemikalien wirken sich auf Männer und Frauen unterschiedlich aus und viele Umweltrisiken werden von Männern und Frauen unterschiedlich wahrgenommen (genanet 2005). Die Ursachen dafür sind nach genanet primär in den gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen und den daraus resultierenden Machtverhältnissen zu suchen. Auch im Umweltbereich sei der Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen gering. Die unbezahlte Versorgungsarbeit, die in erster Linie noch von Frauen ausgeführt wird, werde weniger wertgeschätzt als Erwerbsarbeit. „Bei genauerem Hinsehen“, so genanet, „spiegelt sich das in vielen politischen Konzepten und Umweltschutzmaßnahmen wider“.

Bezüglich der konkreten Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsverständnisse lassen sich vor allem zwei Dinge feststellen. Einerseits bemühen sich alle analysierten Vermittlungsorganisationen um eine möglichst breite Thematisierung von Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsthemen: Von der intergenerationellen bis zur intragenerationellen Dimension, sowohl im nationalen als auch globalen Zusammenhang, sowohl in individueller als auch kollektiver Hinsicht werden die verschiedensten Thematiken problematisiert. Andererseits wird dabei jedoch meist auf eine endgültige Festlegung auf einen festen Kanon an Nachhaltigkeitswerten und Gerechtigkeitsprinzipien verzichtet (Hauff 2004: 4).

Statt enger ideologischer Festlegungen suchen diese Vermittlungsorganisationen vor allem den Dialog und die Vermittlung zwischen verschiedenen Themen und Akteuren anzuregen. Sie konzentrieren sich weniger auf die Produktion wissenschaftlicher Gutachten, sondern versuchen vielmehr, politische Prozesse in Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik anzustoßen (Hauff 2005a: 5). Nach dem Motto: „Nachhaltigkeit ist kein Rezeptbuch, sondern ein Suchraum.“ (RNE 2004: 5).

Im Fall des Nationalkomitees der Deutschen UNESCO-Kommission erklärt sich der Verzicht auf eine ideologische Festlegung speziell auch über die Rolle, die Bildung und Pädagogik zugeschrieben wird:

„Pädagogik ist nicht praktische Philosophie; Pädagogik ist aber auch nicht, wie die Politik, für die Entwicklung gesellschaftlicher Zielsetzungen zuständig – und ebenso nicht für die Durchsetzung dieser Zielsetzungen in den jeweiligen Sozietäten.“ (Haan 2001: 177).

Die „Autonomie des Einzelnen“ nötige die pädagogisch Handelnden vielmehr, ihre Vorstellungen von der Zukunft zurückzunehmen zugunsten der Bildung eigener Vorstellungen der Individuen selbst (Haan 2001: 179). Es sei von primärer Wichtigkeit, bei den Einzelnen einen „Möglichkeitssinn“ zu entfalten, eine „Fähigkeit (...), alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken, und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.“ (Haan 2001: 197). Bezogen auf die Dimension von Verteilungsgerechtigkeit beispielsweise sei es wichtig, die Möglichkeiten zu entfalten, in denen sich diese ausformen könnte. Was wäre dann zu bevorzugen? Man könnte zum Beispiel durchaus auch der älteren Generation Aufmerksamkeit widmen, was im derzeitigen Nachhaltigkeitsdiskurs noch nicht geschehe (Haan 2001: 198-199).

Zentral und bezeichnend für die Position des Nationalkomitees ist, dass es nicht versucht, die verschiedenen Möglichkeiten gegeneinander abzuwägen, sondern vielmehr allein deutlich zu machen, wie unterschiedlich diese sind (Haan 2001: 199).

„Pädagogisch gesehen benötigen wir nicht mehr Klarheit im Hinblick auf die Bedeutung von Positionen einer Ethik der Nachhaltigkeit als eine Theorie des Gebrauchs (als Theorie der Zwecke, Funktionen, Haltungen, Situationen) und eine Entfaltung der Möglichkeiten, die in den ethischen Konzeptionen der Nachhaltigkeit stecken mögen.“ (Haan 2001: 203)

Die Präsentation allgemein richtungsweisender Leitlinien wie das Ziel eines „Generationenvertrages“, in dem sich gegenwärtige Generationen verpflichten, bei der Erfüllung ihrer eigenen Bedürfnisse den Erhalt gleicher Optionen für künftige Generationen zu berücksichtigen, ist bei dieser Zurücknahme auf eine Vermittlerposition jedoch nicht ausgeschlossen (DUK 2003: 1; RNE 2005: 2). Darüber hinaus werden bei einigen dieser Organisationen durchaus auch eigene Positionen formuliert.

Die Leitstelle genannt beispielsweise erachtet explizit Geschlechtergerechtigkeit als Basis und notwendige Voraussetzung für soziale und ökologische Nachhaltigkeit:

„Umweltpolitische Maßnahmen, die die unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten von Frauen und Männern unberücksichtigt lassen, können ihr Potenzial (...) nicht voll entfalten. Sie finden weniger Akzeptanz, weil sie an den realen Lebenssituationen vorbei geplant sind, oder ihre adäquate Umsetzung scheitert an den nicht bedachten Anforderungen des Alltags.“ (Röhr/Becker 2005: 61)

Die Leitstelle bezieht ihre Forderungen dabei konkret auf Gerechtigkeit gegenüber Frauen und hält das Prinzip des „Gender Mainstreaming“ für eine sinnvolle und wichtige Strategie (Röhr/Becker 2005: 63). Dieses Prinzip geht davon aus, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Folglich kann wirkliche Gerechtigkeit erst dann gegeben sein, wenn bei allen gesellschaftlichen Planungen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden (vgl. <http://www.gender-mainstreaming.net>).

Bezüglich Wohlfahrt gehen auch die betrachteten Vermittlungsorganisationen mehrheitlich von einem umfassenderen Verständnis aus als es das konventionelle und auf materielle Aspekte fokussierte Konzept des Lebensstandards nahe legt. Es gehe um ein „gutes Leben“ und nicht um eine vorwiegend fiskalische Generationengerechtigkeit, so der RNE beispielsweise. Damit rekurren auch sie auf das multidimensionale Wohlfahrtskonzept der Lebensqualität, das sowohl materielle als auch immaterielle, individuelle wie kollektive, objektive wie subjektive Komponenten einschließt und sich teilweise mit der umfassenden Idee der Nachhaltigkeit überschneidet (RNE 2005). Auf nationaler Ebene spricht sich der RNE für alternative Formen der Wohlfahrtsberechnung aus und fordert ein „ökologisch bereinigtes Sozialprodukt“ (RNE 2005: 6-7). Einseitige Orientierungen von Wohlfahrt an ökonomischen Kategorien wie Marktökonomie, Effizienz und Verwertbarkeit werden auch von diesen Organisationen kritisiert (genanet 2004: 42-43).

Mit ihren Forderungen wenden sich die betrachteten Organisationen - u.a. mit der Initiierung von Fachtagungen und Diskussionsforen - meist sowohl an die Regierung, als auch an Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft (Hauff 2004: 10-11; DUK 2003: 1). Hinsichtlich der Überwindung einer Rahmung von Ökologie und Ökonomie als Gegensätze bestünden, so der RNE, bereits potenzielle Parallelen und damit Anknüpfungspunkte zwischen beiden Diskursen: Sowohl in der Umwelt- als auch in der Sozialstaatsdiskussion spielten Begrenzungen eine zentrale Rolle. Zu fragen sei nun, „wie diese Konzepte mit der Vorstellung von Zukunftsoptionen und der Erweiterung von Handlungsspielräumen zu verbinden“ seien (RNE 2005: 4).

2.5 Zivilgesellschaftliche Initiativen

Zivilgesellschaftliche Initiativen fungieren in erster Linie als Dialogplattformen oder Think Tanks. Auch unter ihnen setzen sich viele aktiv mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit auseinander bzw. sehen Zusammenhänge zwischen den beiden Themen.

Allen aus diesem Bereich analysierten Initiativen ist zunächst gemein, dass sie mehr oder weniger einen ethischen Rahmen für verschiedenste Bereiche des gesellschaftlichen Lebens anstreben. Unterschiedlich ist ihr Engagement im Hinblick auf die gesellschaftlichen Bereiche und die jeweiligen konkreten Implikationen.

So zielen einige ökonomische Nachhaltigkeitsinitiativen beispielsweise besonders auf ein stärkeres Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft und sehen diese als Schlüsselakteur für eine nachhaltige Entwicklung (Econsense 2003: 3). Die branchenübergreifende Unternehmensinitiative des BDI „Econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.“⁸ etwa definiert eine solche nachhaltige Wirtschaftsweise in Unternehmen als gutes Wirtschaften, „mit einer realistischen Ausgewogenheit zwischen Gewinnerzielung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit“ (Mittelbach, 2005: 146). Ihre derzeit 23 natio-

⁸ Mehr Informationen unter <http://www.econsense.de/>.

nal und global tätigen Mitgliedsunternehmen und -organisationen haben das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bereits in ihre Unternehmensstrategie integriert und möchten nun in erster Linie als Think Tank und Dialogplattform für eine Verbreitung von nachhaltiger Entwicklung und „Corporate Social Responsibility“ (CSR) fungieren (Econsense 2002: 5). CSR ist ihre Form der Umsetzung des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung auf Unternehmensebene (Econsense 2004). Die ökologisch-ethischen Standards und Werte, zu deren Beachtung sie sich damit bekennen, sind Standards wie die „Achtung der Menschenrechte“, „Beseitigung aller Formen von Kinder- und Zwangs- oder Pflichtarbeit“ oder „Einhaltung grundlegender Arbeits- und Umweltstandards“ (Econsense 2003: 24).

Andere Initiativen wie die „Erdcharta“⁹ konzentrieren ihr Engagement eher auf globale Fragen und betonen vor allem die Zusammenhänge und Interdependenzen in diesem Bereich. Die Erdcharta ist das Ergebnis eines jahrelangen interkulturellen Verständigungsprozesses verschiedener Basisgruppen aus der Friedens-, Umwelt-, Entwicklungs-, und Menschenrechtsbewegung weltweit. Sie wurde im Jahr 1999 endgültig verfasst und ist im Wesentlichen:

„(...) eine Erklärung (Deklaration) grundlegender Prinzipien, die dem Aufbau einer gerechten, nachhaltigen und friedlichen globalen Gesellschaft im 21. Jahrhundert dienen soll. Ihr Anliegen ist es, in allen Menschen einen neuen Sinn für globale Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) und geteilte Verantwortung für das Wohlergehen der Menschheit und der gesamten belebten Welt zu erwecken.“ (<http://www.erdcharta.de>)

Damit sucht sie vor allem dazu anzuregen, auf globaler Ebene Umweltschutz, Menschenrechte, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und Frieden als untrennbar miteinander verbunden wahrzunehmen und zu verstehen. Sie spricht damit eine sehr breit angelegte Zielgruppe von Menschen in allen Lebensbereichen an, sowohl im Alltag als auch am Arbeitsplatz oder im Gemeinschaftsleben, sowohl in Schulen und Universitäten als auch in Glaubensgemeinschaften und Regierungsinstitutionen.

Wieder andere Initiativen, wie die in Deutschland sehr aktive „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ (SRzG)¹⁰, konzentrieren ihr Engagement auf die Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit und intergenerationaler bzw. Generationengerechtigkeit. Die im Jahr 1997 gegründete Initiative hat das Thema intergenerationale Gerechtigkeit hierzulande entscheidend mitgeprägt. Für sie ist in Bezug auf intergenerationale Gerechtigkeit die Frage der Ökologie wesentlich, wie die Themen Bildung, Rente oder Staatsverschuldung auch.

⁹ Mehr Informationen unter <http://www.earthcharter.org>. Sie wurde Mitte 2001 vom BUND und der ÖIEW (Ökumenische Initiative Eine Welt) auf deutsch veröffentlicht.

¹⁰ Mehr Informationen unter <http://www.srzg.de/>.

Nahezu alle betrachteten Initiativen bekennen sich in ihrem Engagement zu einem „notwendigen Meinungspluralismus“ (Econsense 2003: 1). Viele sprechen in Bezug auf Nachhaltigkeit von einem Verständigungs-, Such- und Lernprozess.

Ausgangspunkt für Gerechtigkeitsprinzipien bzw. notwendige Voraussetzungen für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind für einige der Initiativen auf der einen Seite eher freier Wettbewerb und wirtschaftliche Entwicklung (Econsense 2003: 4), für andere wurzelt Gerechtigkeit wesentlich in einem Verständnis von Ökonomie und Sozialem im Rahmen ökologischer Leitplanken (ÖIEW und BUND 2001: 9).

Besonders deutlich werden Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit auch hier in intergenerationeller Hinsicht wahrgenommen. Die SRzG versteht unter intergenerationeller umweltbezogener Gerechtigkeit beispielsweise in erster Linie das Prinzip, kommenden Generationen ein Erbe zu hinterlassen, mit dem sie ihr Leben nach eigenen Vorstellungen und Wünschen gestalten können und dabei die gleichen Möglichkeiten besitzen wie heute lebende Menschen:

„Handle so, dass die Folgen deines Handelns den nachrückenden Generationen mindestens ebenso große Chancen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse lassen, wie sie ihre Vorgänger-Generationen besitzen.“ (<http://www.srzg.de>)

Viele der analysierten Initiativen halten für mehr intergenerationelle umweltbezogene Gerechtigkeit eher Maßnahmen der Suffizienz für notwendig; andere, vor allem solche aus dem wirtschaftspolitischen Bereich, setzen eher auf Innovation und Effizienz (Mittelbach 2005: 141). Während die einen Verringerung bzw. Verzicht auf die Nutzung fossiler Energiequellen anstreben, setzen sich andere für eine konsequente Weiterentwicklung von wettbewerbs- und zukunftsfähigen Technologien ein (Econsense 2003: 12). Letztere treten damit klar für die Forcierung des technischen Fortschritts ein, der am Ende die Natur erhalten könne:

„Voraussetzung für eine umweltverträgliche Gesellschaft sind umweltverträgliche Produkte, hergestellt mit umweltverträglichen Produktionsverfahren.“ (Mittelbach 2005: 144)

Mit dieser Betonung des technischen Fortschritts ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass auch diese Initiativen sich bemühen, ihren „Öko-Effizienz“-Ansatz um gesellschaftliche und soziale Kriterien zu einem „Sustainability Ansatz“ zu erweitern, wie das bei Econsense-Mitgliedsunternehmen der Fall ist. Mit einem solchen Nachhaltigkeitsansatz versuchen diese Unternehmen zunehmend, die gesamte Wirkungskette von Produkten – „von der Herkunft und dem Inhalt der Rohstoffe über den Herstellungsprozess und den Transportweg bis hin zu den ökologischen und gesellschaftlich-sozialen Auswirkungen des Produkts“ – nachhaltiger zu gestalten (Econsense 2003: 23).

In intragenerationeller Hinsicht nehmen viele der analysierten Initiativen Zusammenhänge zwischen Ökologie und Gerechtigkeit besonders in globaler Hinsicht wahr. So thematisie-

ren sie die „Herausforderungen für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern“ (Econsense 2003: 6). Am einen Ende des Spektrums stehen Initiativen wie Econsense, die für mehr Teilhabegerechtigkeit in erster Linie einen freien Zugang zu Märkten und Ressourcen fordern (Econsense 2003: 6). Sie unterstützen daher eine Weiterentwicklung der WTO-Regeln, weil sie davon überzeugt sind, dass freier Handel „nicht nur den wirtschaftlichen Wohlstand förder(t), sondern im gleichen Zuge auch einen höheren Menschenrechtsstandard und mehr Umweltschutz gewährleiste(t)“ (Econsense 2003: 7). Auch Entwicklungs- und Schwellenländern müsse eine Entwicklung und damit Teilhabe am Verbrauch ermöglicht werden und dies möglichst ökologisch verträglich (Econsense 2003: 7). Am anderen Ende des Spektrums stehen Initiativen, die eher den Verbrauch von Volkswirtschaften an sich in Frage stellen (ÖIEW und BUND 2001: 11).

Unter Wohlfahrt verstehen - wie auch bei Verbänden und Vermittlungsinstitutionen der Fall - viele der betrachteten Initiativen explizit Lebensqualität (Econsense 2003: 9). Sie schließen auch Werte wie Umweltqualität mit ein.

Auf der Handlungsebene sprechen sich einige der Initiativen für grundlegende strukturelle Lösungen aus. Als eine zivilgesellschaftlich sehr populäre Kampagne hat sich beispielsweise das Engagement der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) für die institutionelle Verankerung der Rechte zukünftiger Generationen erwiesen, konkret für die Aufnahme von Generationengerechtigkeit in das Grundgesetz. Vor allem wirtschaftspolitische Initiativen wiederum setzen auf eine „freiwillige Orientierung an ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Zielen“ (Econsense 2003: 1). Sie sei der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und sei damit den Anteilseignern, Mitarbeitern, Kunden und der Gesellschaft und sozialen Gerechtigkeit als ganzem zuträglich. Nicht per Verordnung könne Nachhaltigkeit umgesetzt werden, sondern es müsse lediglich ein politischer Rahmen geschaffen werden, „in dem durch Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung alle Potenziale insbesondere auch durch die Unternehmen genutzt werden können“ (Econsense 2003: 3). Econsense beispielsweise fordert „Deregulierung und Flexibilisierung, wo immer dies möglich ist“ und eine individuelle Gestaltung ihres gesellschaftlichen Engagements (Econsense 2003: 4).

3 Problemdimensionen und Wahrnehmungsmuster

Im Folgenden werden die wichtigsten Aussagen aus den durchgeführten Experteninterviews zusammengefasst. Diese Interviews dienten – wie bereits oben angesprochen – einem doppelten Zweck: Einerseits sollte das mittels der Dokumentenanalyse erstellte Standpunkte-Panorama überprüft und weiterentwickelt werden, andererseits hatten die Gespräche mit Repräsentanten wichtiger relevanter Organisationen auch einen „explorativen“ Charakter, denn sie dienten auch der Suche nach Anknüpfungspunkten bei der Konstruktion eines Konzeptes Ökologischer Gerechtigkeit (vgl. dazu die anderen der im Rahmen des Projektes durchgeführten Teilstudien).

Es gehörte zum Design der Interviews (vgl. oben die Einleitung), dass die Befragten in ihrer Funktion als Repräsentantin/Repräsentant der jeweiligen Organisationen angesprochen wurden. Dieses Prinzip wird daher auch bei den im folgenden angeführten wörtlichen Zitaten angewendet.

3.1 Wahrnehmung von Gerechtigkeitsproblemen

3.1.1 Das Gerechtigkeits Thema als neue Herausforderung

Bei der Durchführung und Auswertung der Interviews zeigte sich, dass das Thema Gerechtigkeit einen Diskussionskontext darstellt, der für alle Interviewpartner Thema ist. Bei jedem der durch sie vertretenen Akteure stößt Gerechtigkeit auf Interesse bzw. erscheint auf die eine oder andere Weise relevant.

Allerdings zeigte sich bei der Befragung auch, dass doch eine gewisse Polarität zwischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteuren auf der einen Seite und Sozialakteuren auf der anderen Seite besteht. Geht man auf die Themen, die im Kontext Gerechtigkeit als wichtig erscheinen, näher ein, so wird deutlich, dass in der Praxis offenbar verschiedene Diskursfelder mit je spezifischer Eigenlogik existieren.

Für die Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure ist die Gerechtigkeitsfrage besonders bezüglich zukünftiger Generationen und der Nord-Süd-Problematik relevant geworden (vgl. Abschnitt „Spezifische Zugänge zur Gerechtigkeitsthematik“). Welche Umwelt überlassen wir zukünftig lebenden Menschen bzw. wie gewährleisten wir Ressourcengerechtigkeit zwischen dem industrialisierten Norden und den Entwicklungsländern des Südens?

Bei den Interviews mit Vertretern von Sozialakteuren zeigte sich, dass für diese wiederum klassische Gerechtigkeitsfragen wie beispielsweise Fragen der Beschäftigung, sozialer Dienste und der Rente nach wie vor wesentlich sind.

Stellenweise werden dabei inzwischen jedoch auch, wie sich in den Interviews deutlich zeigte, ökologische Fragen gestreift, dies meist im *gesundheitlichen* Bereich. So formulierte es ein Vertreter des größten deutschen Sozialverbandes VDK beispielsweise:

„Natürlich spielt alles, was in den sozialen Bereich hineingehört, bei uns in unseren Sozialrechtsabteilungen eine Rolle. Und da versuchen wir, die Interessen der Betroffenen wahrzunehmen. Wir streiten natürlich auch bei Umweltschäden, für die Menschen, die zu uns kommen und vertreten werden wollen.“ (Interview VdK).

Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) konkretisiert die Fragen im Gesundheitsbereich folgendermaßen:

„Es geht nicht mehr nur um Lärm in der äußeren Umwelt, sondern natürlich auch um Lärmbelastung oder sonstige Umweltbelastungen im Betrieb. Das ist mit neuen Verfahren, neuen Techniken, neuen Formen der Arbeitsorganisation verbunden.“ (Interview DGB).

Generell scheinen demnach Sozialakteure dabei zu sein, sich im Rahmen ihres Engagements für soziale Gerechtigkeit auch für ökologische Themen zu öffnen (vgl. auch Abschnitt „Andere Verbände, Gewerkschaften, Kirchen“). Bei der Mehrheit der befragten Sozialakteure sind gegenwärtig so auch Umweltthemen Teil ihrer Aufstellung zukünftig geplanter Themen. Bei der Arbeitnehmervertretung Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und dem Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) finden sie sich beispielsweise explizit in den Grundsatzprogrammen in separaten Umweltabschnitten.

Während der DGB im Allgemeinen ein besonders breites Spektrum an Umweltthemen bearbeitet, nimmt derzeit besonders das Thema Energie(wende) einen hohen Stellenwert ein:

„Gegenwärtig haben wir es mit einer wiederholten Energiepreiskrise zu tun. (...) Bei dem gegenwärtigen Niveau von Energiepreisen haben wir einen Konflikt bei der Mobilitätsgerechtigkeit, wenn es den Begriff überhaupt gibt, und zwar insofern: Wenn wir einen ausgesprochen mobilen Arbeitsmarkt haben oder wollen, also flexibel in der geographischen Ausdehnung, dann haben wir bei den gegenwärtigen Energie- und Spritpreisen eine Frage von Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit. Wir haben bei den Energiepreisen einen erhöhten Bedarf an Konsum, der dann wiederum andere Konsumbedürfnisse weniger befriedigen lässt. Das heißt, der beschleunigte Ersatz bestehender Energiequellen wird immer dringender, weil ja auch nicht absehbar ist, dass Energieträger wie Erdgas oder Erdöl auf Dauer wieder Preisniveaus haben, die ökologisch wie ökonomisch gerechtfertigt wären.“ (Interview DGB)

Auch bei den Kirchen ist Umweltschutz ein wichtiges Thema. Um das noch voranzutreiben bemüht sich beispielsweise die EKD zunehmend darum, durch praktische Projekte Schnittstellen zwischen Umwelt und Sozialem noch stärker zu verdeutlichen. In ihren Umweltschutzstellungen heißt es, die Kirchen bemühten sich, das „gesamte Spekt-

rum von Umwelt- und Gerechtigkeitsproblemen, von globalen Fragen der Fairness bis zu nationalem Einsatz für Artenschutz“ zu erfassen.

Aber in den Interviews zeigte sich auch, dass, obgleich in den damit verfolgten Umweltthemen Gerechtigkeitsfragen stets mitschwingen, sie bislang jedoch nicht explizit unter dem Stichwort „Ökologie und Gerechtigkeit“ geführt werden. Mit anderen Worten, die beiden Begriffe werden bisher nicht systematisch und ausdrücklich miteinander in Beziehung gesetzt. Teilweise wird sogar davor gewarnt, den Gerechtigkeitsbegriff nicht zu überdehnen.

Insgesamt gesehen kann das Thema Gerechtigkeit dennoch als gute Basis für einen Brückenschlag zwischen Umwelt- und Sozial(politik)-Akteuren angesehen werden. Die Initiative dazu bzw. die expliziten Verknüpfungen von Ökologie und Gerechtigkeit, gingen bislang jedoch deutlicher von der Umwelt- und Nachhaltigkeitsseite aus (vgl. Abschnitt „Spezifische Zugänge zur Gerechtigkeitsthematik“).

3.1.2 Vergleich USA und BRD

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich seit den späten 1970er Jahren eine Soziale Bewegung für „Environmental Justice“ etabliert. Sie entstand ursprünglich aus dem Engagement sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die in der Tradition der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung begannen, für ein gleiches Recht aller Menschen auf eine saubere und nicht gesundheitsgefährdende Umwelt einzutreten.

In Deutschland stellt sich ein anderer gesellschaftlicher Kontext, doch ist das Thema auch hierzulande in verschiedenen Zusammenhängen bereits aufgetaucht. Auch im Rahmen der seit 1996 regelmäßig durchgeführten Umweltbewusstseinsstudien ist die Thematik aufgenommen worden. Dort erschien „Ökologische Gerechtigkeit“ im Jahr 2002 erstmals als ein Schwerpunktthema und wird seither weiterverfolgt (Grunenberg/Kuckartz 2003).

Jedoch zeigen sich hierzulande andere Problemzusammenhänge, und die Datenlage dazu erweist sich noch als sehr unspezifisch. Während sich auf der einen Seite beispielsweise ein beträchtlicher Bevölkerungsteil – je nach Art der Fragestellung zwischen 10 und 20% – selbst als ökologisch benachteiligt empfindet, schlagen sich reale Benachteiligungen nicht unbedingt in einem verstärkten Umweltbewusstsein nieder (vgl. Wehrspau et al. 2005)

Das Umweltbewusstsein hängt stark auch vom Bildungsgrad und postmaterialistischen Einstellungen ab, die in besser situierten Bevölkerungsteilen stärker verbreitet sind und zudem von einer ausgeprägten Nah-Fern-Differenz (Wohlfühlen hier und heute, aber negative Einschätzung des globalen Umweltzustandes) gekennzeichnet sind.

In den Interviews wurde darüber hinaus auch darauf hingewiesen, dass sich in Deutschland wegen der bislang allgemein als positiv eingeschätzten Umweltqualität und des ver-

gleichsweisse hohen Lebensstandards eine Sensibilität für Zusammenhänge zwischen Ökologie und Gerechtigkeit nicht im Sinne der US-amerikanischen Bewegung entwickelt hat.

Besonders die Disziplin der Sozialepidemiologie weist jedoch trotz dieser Tatsache auf Probleme auch in Deutschland hin. Sie hat umfassend Daten zu Zusammenhängen von sozialer Schicht und Gesundheit zusammengestellt, die belegen, dass Unterschiede bei Einkommen und Lebensstandard häufig auch in Deutschland mit Unterschieden in Umweltqualität, Gesundheit und Mortalität verbunden sind (Elvers 2005, Maschewsky 2004).

Hier zeigt sich jedoch ein komplexes vielschichtiges Bild, das keine einfachen und eindimensionalen Ableitungsbeziehungen zulässt. Denn auf der einen Seite weisen beispielsweise Erwachsene mit einer höheren Schulbildung in der Regel einen besseren Gesundheitszustand auf (Heinrich 1998). Auf der anderen Seite jedoch sind etwa Allergien bei Menschen mit höherer Schulbildung, welche meistens auch bezüglich des Einkommens die vorteilhafteren sozialen Positionen einnehmen, häufiger.

In den USA haben sich im Rahmen der Diskussionen um Ökologie und Gerechtigkeit inzwischen begriffliche Differenzierungen herausgebildet. Auch von „Ecological Justice“ ist beispielsweise die Rede, die neben den Bedürfnissen der Menschen auch die Bedürfnisse aller nichtmenschlichen Lebewesen mit einschließt (Bell 2003). Dabei geht es dann nicht mehr nur um die Behebung akuter Benachteiligung, sondern in einem umfassenden Rahmen um eine zukunftsgerichtete Umweltgestaltung.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wurde in den Interviews auch danach gefragt, ob die US-amerikanische Diskussion und konkret Begriffe wie „Environmental Justice“ oder Umwelt- bzw. Ökologische Gerechtigkeit den Interviewpartnern bekannt sind.

Insgesamt zeigte sich, dass jedem der befragten Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure der Begriff Umwelt- bzw. Ökologische Gerechtigkeit oder „Environmental Justice“ zunächst geläufig ist. Darüber hinaus ist er bei einigen von ihnen auch in aktiver Verwendung, dies jedoch je nach Kontext in unterschiedlicher Art und Weise.

Viele kennen ihn in erster Linie aus der internationalen Debatte und nutzen ihn auch primär in diesen Zusammenhängen. Anderen, wie dem Umweltverband BUND, ist er sowohl aus der internationalen Debatte als auch aus Kontexten wie „Umwelt und Gesundheit“ oder „Ökosteuer“ bekannt und in diesen Kontexten verwenden sie ihn primär. Wieder anderen, beispielsweise der Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit (genanet), ist der Begriff auch von Anfang an aus der US-amerikanischen Debatte bekannt. Genanet nutzt ihn und das Konzept nach eigenen Angaben in praktisch allen Umweltbereichen und in Kombination mit Fragen der Geschlechtergerechtigkeit.

Auch bei der Mehrheit der befragten Sozialakteure sind die Begrifflichkeiten zumindest den befragten Vertretern bekannt, dem Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und des Deutschen Ge-

werkschaftsbunds (DGB). Dies muss jedoch nicht für die Mehrheit der Mitglieder ihrer Organisationen oder gar die Organisationen als Ganzes zutreffen. In aktiver Verwendung schließlich ist er bei keinem der befragten Sozialakteure.

3.1.3 Spezifische Zugänge zur Gerechtigkeitsthematik

Zur weiteren Konkretisierung wurde in den Interviews nun gefragt, welche Gerechtigkeitsprobleme im Umweltbereich konkret und besonders häufig in den Diskursen wahrgenommen werden.

Dabei wurden unter den Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteuren zwei normative Schwerpunkte deutlich: zum einen die Sorge um die Nachkommenschaft (intergenerationelle Gerechtigkeit), zum anderen die Nord-Süd-Problematik (diese globale Dimension wurde weitgehend mit intragenerationeller Gerechtigkeit gleichgesetzt). Intergenerationell wird praktisch durchgängig das Problem des Ressourcenverbrauchs und des Erhalts von Umweltqualität für zukünftige Generationen gesehen. Auf intragenerationeller, globaler Ebene wird primär das Problem einer gerechten Verteilung von bzw. des gerechten Zugangs zu Umweltgütern und dies auch besonders stark im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen:

„Ich glaube, dass es (das Problem „Ökologischer Gerechtigkeit“ - d. Verf.) global sehr viel gravierender und sehr viel massiver ist. Wenn man sich die Zustände im Kohlebergbau, bei den Goldminen ansieht. Da haben Sie ganz offensichtlich gleichzeitig Probleme sozialer Art und durch die Anwendung von Gift zur Goldausscheidung gleichzeitig ein Umweltproblem, was z.B. dann eine Vergiftung der Flüsse ist, was dann wiederum vergiftete Fische und damit auch wieder ein soziales Problem bei den Unterliegern hervorruft. Es ist also sehr viel offenkundiger in Entwicklungsländern, sehr viel massiver.“ (Interview BUND).

Aufgrund dieser Fokussierung gelangten bei den Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteuren Fragen *intragenerationeller* Gerechtigkeit im Inland bislang nicht in den Fokus der Betrachtung (vgl. auch Teilstudie „Kapitel 4“). Derartige Problemzusammenhänge finden zwar alle befragten Akteure durchgehend (teilweise sehr) interessant, allerdings sehen sie noch großen Forschungs- und Thematisierungsbedarf.

In den Interviews wurden spontan die nachfolgenden Gebiete aufgelistet, die diesbezüglich nach Ansicht der Akteure besonders eine Thematisierung und vertiefende Forschung erfordern.

Einen ersten Themenschwerpunkt bilden Fragen zu Umwelt und Gesundheit:

„Ich beobachte, dass die Menschen in unterschiedlichem Umfang Ressourcen konsumieren. Stichworte ‚Nachhaltiger Konsum‘, ‚richtiger Konsum‘, ‚Nachhaltiger Warenkorb‘. Unser Projekt. Da schreibt man auf, wie man sich gesund ernährt. Und, dass es Spaß macht, und, dass es auch gar nicht viel kostet, oder dass die Bürger sozusagen

eine Dividende davon bekommen, nämlich sie leben länger. Und dann tauchen Menschen auf, die sich darum überhaupt nicht kümmern. Also, Stichworte ‚Dicke Kinder‘. Aber Stichwort auch ‚Raucher‘. Was macht man im Hinblick auf Gerechtigkeitsfragen mit denen?“ (Interview RNE).

Fragen, die sich im Bereich der Umwelt und Gesundheit folglich konkret beispielsweise ergeben, sind:

- Welche Bevölkerungsgruppen werden bislang durch Umweltbildung und –kommunikation erfasst, welche nicht? Wie äußert sich das Phänomen „Fürsorglicher Vernachlässigung“ in unserem Wohlfahrtsstaat? Wie ist einer schleichenden Segregation vorzubeugen?
- Wie steht es um eine gerechte Gewährleistung von Luftqualität, von Wohnumfeldqualität?
- Wie sind Lärm- und Elektromogbelastungen verteilt?
- Wie steht es um die Gesundheit am Arbeitsplatz, Barrierefreiheit, die Möglichkeit, Umweltereignissen auszuweichen, die sozialrechtliche Vertretung von Opfern von Umweltschäden?

Fragen, die sich im Bereich Nachhaltiger Konsum stellen, sind etwa:

- Welchem Lebensstil folgen wir?
- Wie steht es um unseren Ressourcenverbrauch?
- Wer kann sich was leisten?
- Welche Probleme stellen sich konkret in den Handlungsfeldern Energie und Klimaschutz oder Verkehr (Wie kann der Wettbewerb Bahn-Luft-Strasse gerecht gestaltet werden? Wie kann eine nachhaltige Mobilität für alle gewährleistet werden?)

In diesen Kontexten werden auch Fragen der Verteilung bzw. des Zugangs zu Umweltgütern angesprochen. Im Gegensatz zu Ländern des Südens, in denen diese Fragen primär auf existentielle Umweltgüter bezogen werden, werden sie in Deutschland eher auf Umweltgüter bezogen wie

- Ruhe,
- Sauberkeit,
- Erleben von Natur,
- aber auch auf das Umweltgut Energie. Konkret: Wie kann generell mit Knappheit umgegangen werden?

Schließlich werden auch Probleme angesprochen, die eher in Bereichen angesiedelt sind wie:

- Ökologische Steuerreform,
- Landwirtschaft (Wie sollte mit dem Einsatz von Gentechnik verfahren werden?),
- Tierrechte,

- Biodiversität,
- Kinder (Welchen Umweltgefahren sind Kinder stärker ausgesetzt als andere Menschen?),
- Verbraucherschutz,
- „Corporate Social Responsibility“ (Welche Verantwortung sollten Unternehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung übernehmen?)

Ein weiterer wichtiger Akzent, der schließlich gesetzt wird, ist die Betonung der Geschlechterdimension von umweltbezogener Gerechtigkeit. Das Netzwerk genannt beispielsweise fordert explizit ökologische Geschlechtergerechtigkeit, das heißt die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fragen in der Umweltdiskussion.

3.1.4 Wahrnehmung von Problemursachen

Einheitlich führen alle Akteure allgemeine gesellschaftspolitische Hintergrundbedingungen als Ursachen von Problemen im Zusammenhang mit Ökologie und Gerechtigkeit an wie beispielsweise die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung oder die Globalisierung.

Von vielen Akteuren wird weiterhin ein „Wachstumsstreben“ als Ursache für umweltbezogene Gerechtigkeitsprobleme gesehen. Dies ist vor allem bei Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteuren der Fall. Sie äußern sich besonders häufig kritisch gegenüber zunehmendem Konsum und Verbrauch.

Die von allen Akteuren insgesamt am häufigsten genannten Ursachen sind:

- Zunehmendes gesellschaftliches Auseinanderdriften in Arm und Reich: Mit der zunehmenden sozialen Polarisierung in Deutschland verbinden die meisten der Interviewten den Eindruck, dass es um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft immer schlechter gestellt ist. Der sich durch zunehmende soziale Konflikte und Kürzungen im Sozialbereich verschärfende Mangel an sozialer Kohäsion beeinflusse auch das Umweltverhalten der Menschen negativ.
- Fortwährendes Nebeneinander von Umwelt- und Sozialdiskurs in Politik und Wissenschaft: Das Klischee vom Gegensatz Arbeit vs. Umwelt bestehe teils noch immer weiter. Darüber hinaus sei im Umweltschutzdiskurs bislang noch in zu geringem Ausmaß eine Gerechtigkeitsdiskussion entstanden. Generell fehle es an einem modernen und zeitgemäßen Begriff von Gerechtigkeit.
- Individuelle Verhaltensweisen und Probleme individueller Verantwortlichkeit: Gegenwärtige Lebensstile, das dominante Konsumverhalten, und der derzeitige Ressourcenverbrauch seien weitere Ursachen umweltbezogener Gerechtigkeitsprobleme. Dabei seien die individuellen Verantwortlichkeiten nicht immer klar reflektiert.
- Teilhabebarrrieren: Die Pisastudien hätten gezeigt, dass besonders in Deutschland im Bereich der Bildung massive Teilhabebarrrieren bestünden. Dieser Umstand führe zu grundsätzlichen Gerechtigkeitsproblemen, auch im Umweltbereich.

- Mangel an technischen Innovationen: Es wird davon ausgegangen, dass in vielen technischen Forschungsbereichen noch beträchtliche Lücken bestehen, teils auch aufgrund ungünstiger staatlicher Rahmenbedingungen.
- Politische Mängel: In vielen Bereichen würden durch die Politik noch immer zu wenig Anreize gesetzt zur Förderung umweltfreundlichen und Bestrafung umweltschädigenden Verhaltens. Darüber hinaus seien Umweltschäden generell noch häufig nur mangelhaft eingepreist. Und schließlich betrachte die Politik viel zu oft einzelne Gesetze zu pauschal ohne Blick auf kumulative Wirkungen.
- Kommunikationsmängel: Wirtschaftsakteure nehmen viele Umweltprobleme als Auswirkungen der "German Angst" wahr und weisen auf die Notwendigkeit von mehr Risiko bzw. Risikoakzeptanz. Es mangle an einer angemessenen Risikokommunikation:

„Politisch sehen wir, dass wir (...) eher eine Gesellschaft sind, die eine Null-Risiko-Strategie verfolgt. Wir haben es uns auch zum Ziel gesetzt, wieder für mehr Risikobereitschaft zu werben. Risikobereitschaft heißt natürlich auch, dass man die Risiken kennen muss, dass man sie sorgfältig analysieren muss, dass man Risiken dann auch managen muss. Das, was wir in der Wirtschaft sehr gut zu können glauben.“ (Interview Econsense).

Gesellschaftliche Rollenzuschreibungen: An vielen Punkten führten auch bestehende gesellschaftliche Rollenzuschreibungen, die stets mit bestimmten Machtverhältnissen verbunden sind, zu umweltbezogenen Gerechtigkeitsproblemen.

Biologische Unterschiede: Noch zu wenig würden biologische Unterschiede, z.B. unterschiedliche Verträglichkeiten von Chemikalien bei Frauen berücksichtigt.

3.2 Zusammenhang zwischen Gerechtigkeits- und Wohlfahrtsverständnissen

3.2.1 Grundlegende Prinzipien

Insgesamt hat Gerechtigkeit für die überwiegende Mehrheit der befragten Akteure durchgehend einen hohen Stellenwert. Bei den konkreten *Prinzipien* von Gerechtigkeit, die die Akteure dann verfolgen, ergeben sich neben Gemeinsamkeiten jedoch auch Unterschiede.

Mehrheitlich einig scheinen sich alle befragten Akteure zunächst bei dem Prinzip, dass Gerechtigkeit nicht zwangsläufig *Gleichheit* bedeuten müsse. Im Gegenteil, Gerechtigkeit bedeute oft Kompensation bzw. Ungleichbehandlung. Verschiedene Interviewpartner weisen ausdrücklich darauf hin, dass eine Gleichbehandlung in manchen Fällen sogar kontraproduktiv sein kann.

Diese Ergebnisse könnten darauf hindeuten, dass der unter anderem im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bundesregierung 2005) propagierte Paradigmenwechsel im Gerechtigkeitsverständnis und der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat bei den meisten der befragten Akteure angekommen ist und mehr oder weniger von ihnen geteilt wird.

Genanet weist darauf hin, dass Frauen in Bezug auf umwelt- und gesundheitsschädigende Chemikalien andere biologische Belastbarkeitsgrenzen aufweisen als Männer. Dieser Umstand müsste in Forschung und Politik systematischer Niederschlag finden in Form einer besonderen Berücksichtigung dieser Unterschiede bei korporalen Belastungen.

Wirtschaftsakteure wiederum fragen, ob bestimmte Unternehmen oder Branchen individuell mehr brauchen. Unter einem Mehr verstehen sie wiederum primär ein Mehr an unternehmerischer Freiheit speziell in Branchen mit besonders stark zunehmendem globalen Wettbewerbsdruck.

Weiterhin mehrheitlich einig scheinen sich alle befragten Akteure in der Auffassung, dass soziale Gerechtigkeit eine Voraussetzung für ökologisches Bewusstsein ist. Doch auch hier werden dann im Einzelnen spezifische Bezüge hergestellt.

Die überwiegende Mehrheit der Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure versteht unter einer solchen Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit grundlegend soziale Zugangs- und Chancengerechtigkeit. Welchen Zugang hat der Einzelne beispielsweise zu Umweltbildung und -kommunikation?

Wirtschaftliche Akteure wiederum legen eine solche Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit in erster Linie als fairen Wettbewerb und Wirtschaftswachstum aus: Eine gesunde Wirtschaft als eine gute Grundlage für Umweltbewusstsein und -schutz.

Sozialverbände, Kirchen und Gewerkschaften beziehen soziale Gerechtigkeit vor allem auf eine Gewährleistung von Primärgütern: In einer Art „Bedürfnispyramide“ sei Umwelt als Luxusgut oben an der Spitze angeordnet und nur, wenn soziale „Primärgüter“ wie Arbeit und Wohnen gewährleistet seien, könne ein Bewusstsein für die ökologischen „Sekundärgüter“ entstehen.

Diese Unterschiede unter den verschiedenen Akteuren gehen alles in allem wesentlich auch auf unterschiedliche Naturbilder (vgl. Abschnitt „Naturbilder“) zurück. Allerdings ist die Diskussion über Gerechtigkeit insgesamt offenkundig erheblich im Fluss.

So ist von den Interviewpartnern betont worden, dass sich auch *innerhalb* ihrer Organisationen Gerechtigkeitskontroversen ergeben. Dies ist vor allem bei plural zusammengesetzten Organisationen der Fall. Innerhalb des Nachhaltigkeitsrates beispielsweise zeigen sich Kontroversen zwischen Verteilungsgerechtigkeit im klassischen Sinn und einer stärkeren Akzentsetzung auf Innovation:

„Es gibt die Kontroverse zwischen einer Betonung der Innovation, des Fortschritts, der auf Gerechtigkeit, also Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit weniger Wert legt, und es gibt die Fraktion der Ratsmitglieder, die eher auf Partizipation, auf die gerechte Verteilung von Chancen jedenfalls, Zugänge Wert legt, um dann von dieser Basis aus über Innovation und Fortschritt zu reden.“ (Interview RNE).

In der Rürup-Kommission wiederum haben sich interne Kontroversen zwischen Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit und anderen Formen der Gerechtigkeit, wie z.B. Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, gezeigt. Von einigen Mitgliedern wurde beklagt, dass die Kommission unter einem starken Druck stand, die Debatte auf Finanzfragen zu begrenzen.

Die Befragung hat insgesamt gezeigt, dass vor allem die *Bezüge* der jeweiligen Gerechtigkeitskonzeptionen wichtig sind: Wohlfahrt oder Umwelt/Nachhaltigkeit.

Wesentliche wohlfahrtsbezogene Gerechtigkeitskonzeptionen, die vor allem von der Sozialeite genannt werden, sind:

- Solidarität: das Prinzip der Mitmenschlichkeit und der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe.
- Verpflichtungen des Sozialstaates: „Regulierung im Sinne der Lebenschancen von Menschen“ (Interview CDA).
- Teilhabe: an gesellschaftlichem Leben, gesellschaftlich produziertem Reichtum, Bildung, individuelle Entwicklungschancen, weiterhin Zukunftssicherheit für die eigene Familie, Prinzip „Barrierefreiheit“ (Interview VdK).
- Christliche Prinzipien: die Orientierung an christlich-sozialem Gedankengut, damit eine Gesellschaftsordnung auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit verwirklicht werden kann.
- Freiheitsrecht Arbeit: Arbeit als Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit, Arbeit für alle, gleiche Rechte und Chancen der Arbeitnehmer, selbstbestimmt arbeiten und leben zu können, humane Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen, gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen.
- Subsidiarität und Föderalismus.
- Mitbestimmung und Tarifautonomie: Entscheidungsbefugnisse für diejenigen, die von den Entscheidungen betroffen sind.
- Gleichstellung der Geschlechter: gleiche Chancen für Männer und Frauen in Leben und Beruf.
- Generationengerechtigkeit: gleiche Chancen für heute und zukünftig lebende Menschen.
- (Gesundheitliche) Prävention/Vorsorge: Gefahren vorbeugen.

Gelegentlich wird dabei auch auf einige der wichtigsten Theorien sozialer Gerechtigkeit Bezug genommen. Ist dies der Fall, so wird meistens auf die Gerechtigkeitstheorie von

John Rawls rekurriert. Andererseits werden auch häufig Beziehungen zur christlichen Soziallehre hergestellt:

„Geistig theoretisch, philosophisch, ethisch beziehen wir uns vor allem auf die christliche Soziallehre, katholische Soziallehre, evangelische Sozialethik.“ (Interview CDA).

Ein großer Teil (etwa die Hälfte) aller befragten Akteure hält Gerechtigkeitstheorien zwar für wichtig, kann sich jedoch nach eigenen Angaben aus „Kapazitäts-“ oder „Zeitmangel“ nicht tiefergehend damit auseinandersetzen.

So beschäftigt sich der Nachhaltigkeitsrat nach Angaben seines Vertreters nur „mittelbar über Sachthemen“ mit Gerechtigkeit, Econsense arbeitet vorrangig „praxis- und projektorientiert“ genant verfügt über „zu wenige MitarbeiterInnen“. Die Rürup-Kommission musste unter „Produktionszwang“ in normativer Hinsicht minimalistisch arbeiten. Insgesamt tun sich die Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure bislang mit Konkretisierungen ihrer Gerechtigkeitsskonzeptionen schwerer als die Sozialakteure.

3.2.2 Wohlfahrtsvorstellungen zwischen Effizienz, Suffizienz und Konsistenz

Besonders Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure nehmen eine *wachstumskritische* Haltung ein. Viele teilen Prinzipien wie „Das rechte Maß“, „Zeitwohlstand statt Güterwohlstand“ und „Qualitatives Wachstum“.

Der Umweltverband BUND beispielsweise folgt konsequent Maximen wie „Langsamer, weniger, besser und schöner“ oder „Gut leben statt viel haben“.

Das Nachhaltigkeitsnetzwerk genant positioniert sich ähnlich und kritisiert die „einseitige Orientierung von Wohlfahrt an ökonomischen Kategorien und Wachstum“.

Bei dieser wachstumskritischen Haltung kommt insgesamt wieder die oben bereits erwähnte Konzentration auf die Sorge um nachkommende Generationen auf der einen Seite und die Nord-Süd-Problematik auf der anderen Seite zur Geltung:

„Wir sehen es so, dass unser materieller Lebensstandard in der BRD im Schnitt so hoch ist, dass wir nicht meinen, dass eine Steigerung dieses Lebensstandards Priorität haben sollte. (...) Was den materiellen Lebensstandard angeht, so stellt sich das in der Dritten Welt natürlich völlig anders dar. Da ist ganz unbestritten, dass dort eine Erhöhung des Lebensstandards notwendig ist, um zum einen überhaupt das Überleben zu ermöglichen und zum anderen an soziale und gesellschaftliche Teilhabe, Selbstverwirklichung usw. überhaupt zu denken. Und von daher auch die große Bereitschaft zu sagen: Wir müssen unseren materiellen Lebensstandard senken, damit in der globalen Umweltbilanz sozusagen etwas ‚Luft‘ ist, damit die Länder im Süden sich entwickeln können, um überhaupt ihre Existenz und etwas darüber hinaus sicherstellen zu können.“ (Interview BUND).

Auch Vertreter der Kirche teilen diese wachstumskritische Haltung: Nicht materieller Lebensstandard, so der befragte Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), sondern eher eine Orientierung an einer „Ökonomie der Genügsamkeit“ entspreche den Grundlinien des christlichen Glaubens. *Suffizienz* bzw. Änderungen des Lebensstils vor allem in den hoch entwickelten Industriegesellschaften ist damit zu einem zunehmend wichtigen Thema geworden (vgl. UBA 2002: 269; Wuppertal Institut 2005).

Der Nachhaltigkeitsrat übt eine grundlegende Kritik am Konzept des Wachstums. Das gegenwärtig verbreitete Wachstumsverständnis sei noch viel zu wenig von den Erkenntnissen über die Entwicklung der Natur geprägt: Bäume würden nicht in den Himmel wachsen, aber fortwährend wachsen. Es gehe darum, stärker *mit* der Natur zu wachsen - zu diskutieren sei über Produktionsweisen, die in der umweltpolitischen Diskussion manchmal auch als *Konsistenzansatz* bezeichnet würden (vgl. UBA 2002: 269).

Dieser wachstumskritischen Haltung steht auf der anderen Seite eine positive Haltung zu Wachstum gegenüber. Im Allgemeinen werden dabei Begriffe wie „Konsumkritik“ vermieden und Maßnahmen der *Effizienz* besonders betont. Vor allem Institutionen und Initiativen mit wirtschaftlichem Hintergrund sind bestrebt, Umwelt- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkte mit einer solchen Haltung zu verbinden:

„Die Systeme müssen sozusagen insgesamt so reformiert werden, dass wir wieder zu einer in alle Richtungen sich entwickelnden Wachstumsstrategie kommen“ (Interview Econsense).

Aber auch Sozialverbände setzen auf Wirtschaftswachstum und verbinden dieses mit der Erwartung von Beschäftigungswachstum. Wachstum sei eine notwendige Basis für mehr soziale Gerechtigkeit: Wachstum könne dazu beitragen, den Sozialstaat zu erhalten, eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu wahren und die Altersversorgung zu sichern.

Ein möglicher Kompromiss zwischen Wachstumsbefürwortung und -ablehnung kann darin liegen, auch beim Wachstum stärker auf qualitative und kollektive Elemente zu achten. Mit anderen Worten, der vermeintliche Gegensatz zwischen Wachstumsbefürwortung und -ablehnung kann sich auflösen, wenn qualitatives Wachstum angestrebt wird. Für dieses Ziel besonders wichtig erscheinen kollektive Aspekte sowie Aspekte gesellschaftlicher *Teilhabe*:

„Zu Wohlfahrt gehört mehr die Gemeinschaftsentwicklung als die individuelle Selbstverwirklichung.“ (Interview genant).

Teilhabe hat auf der einen Seite für alle wachstumskritischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure einen sehr hohen Stellenwert - neben der Kategorie Umweltqualität. Denn weniger Konsum (und damit höhere Umweltqualität) müsse nicht geringere Lebensqualität bedeuten, wenn dafür beispielsweise die Teilhabegerechtigkeit steige.

Teilhabe hat auf der anderen Seite aber auch für die meisten Sozialakteure einen sehr hohen Stellenwert. Daher sind auch bei ihnen Vorstellungen anzutreffen, die stärker auf ein qualitatives Wachstum verweisen.

Allerdings ist bei ihnen Umweltqualität tendenziell nachrangig. So war Umweltqualität beispielsweise für die Rürup-Kommission, die sich mit materiellen Fragen der sozialen Sicherung zu beschäftigen hatte, in diesem Zusammenhang kein Thema.

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) zählt Umweltqualität zwar in ihren schriftlichen Verlautbarungen mit auf, der befragte Vertreter misst ihr jedoch im Interview im Zusammenhang mit Wohlfahrt schließlich ebenfalls keine große Bedeutung bei: Er schätzt die CDA-Thematisierung von Umweltqualität für – historisch selbsterklärend – „nur bedingt leidenschaftlich“ ein.

Auch beim Sozialverband VdK spielt Umweltqualität eine „untergeordnete Rolle“, allein in Bezug auf Barrierefreiheit sei sie durchaus auch ein, so der befragte Vertreter des VdK, „sehr wichtiges“ Thema.

Nur die Vertreter des DGB und der EKD bezeichnen „Umweltqualität“ (im Falle der EKD „Bewahrung der Schöpfung“) explizit als „gleichrangig“ zu anderen Kategorien sozialer Wohlfahrt. Der DGB beispielsweise versteht Umweltbelastung klar als einen „Risikofaktor für eine gerechte Gesellschaftsordnung“ und „Umweltschutz als einen Wachstumsfaktor“, da er Arbeitsplätze generiere.

Bezeichnenderweise ergeben sich schließlich unterschiedliche Ansichten zur Wohlfahrtskategorie *Selbstverwirklichung*. Viele Akteure verstehen sie als einen selbstverständlichen Teil von Wohlergehen (so beispielsweise die CDA, der DGB oder der Sozialverband VdK). Andere äußern sich skeptischer. Die befragten Vertreter der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) und der Rürup-Kommission nehmen klare Grenzen individueller Selbstverwirklichung wahr: Ersterer sieht die „Freiheit der Selbstverwirklichung begrenzt durch die Freiheit der anderen“, letzterer hält – im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme – die Kostenfrage für eine wesentliche Beschränkung individueller Selbstverwirklichung.

3.3 Nachhaltigkeitsverständnisse, Naturbilder und Umweltgerechtigkeit

3.3.1 Nachhaltigkeitsverständnisse

Bei der Befragung zeigte sich ein weites Spektrum von unterschiedlichen Nachhaltigkeitsverständnissen.

Einheitlich betonen die meisten Akteure zunächst besonders den Prozesscharakter nachhaltiger Entwicklung. Sie teilen das grundlegende Verständnis, dass Nachhaltigkeit eine Art „permanenter Such-, Verständigungs- und Lernprozess“ ist.

Fragt man konkreter nach, wird Nachhaltigkeit auf der Umweltseite dann sehr oft im Rahmen „Ökologischer Leitplanken“ verstanden. Dem Schutz der Umwelt komme eine „fundamentale Bedeutung“ zu, und er sei eine grundlegende Basis für Nachhaltigkeit.

Auf der Sozialeseite wiederum werden stärker soziale Aspekte nachhaltiger Entwicklung betont. Econsense beispielsweise hebt hervor, dass Nachhaltigkeit „mehr als ein reines Umweltthema“ ist und definiert Nachhaltigkeit aus Unternehmenssicht als „gutes Wirtschaften mit realistischer Ausgewogenheit zwischen Gewinnerzielung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit“.

Die Rürup-Kommission definiert Nachhaltigkeit konkret im monetären Sinne. Ihr primäres Ziel war die Schaffung von „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“.

Interessant ist, dass der Sozialverband VdK zwar entsprechend dem weit verbreiteten Bild ebenso von „3 Säulen“ der Nachhaltigkeit spricht, damit aber nicht „Ökonomie, Ökologie und Soziales“ sondern drei verschiedene Finanzierungssäulen (gesetzlich, betrieblich, privat) zur langfristigen Sicherung der Rente meint.

Mit dem Leitbild der „Corporate Social Responsibility“ bekennt sich auch eine zunehmende Anzahl von Akteuren aus dem Bereich der Wirtschaft explizit zu fundamentalen ökologisch-ethischen Standards wie der Einhaltung grundlegender Arbeits- und Umweltstandards.

Ebenfalls besonders Akteure aus dem sozialen und wirtschaftlichen Bereich schließen sich häufig dem so genannten „3-Säulen-Modell“ nachhaltiger Entwicklung – Ökonomie, Ökologie und Soziales - an, so beispielsweise der Deutsche Gewerkschaftsbund. Einige tun dies jedoch in deutlich modifizierter Form. Econsense etwa versteht Nachhaltigkeit im Rahmen dieses Modells als Prozess, in dem sich alle Parameter zugleich unabhängig voneinander, aber auch deutlich integrativ entwickeln.

Demgegenüber äußert sich eine große Anzahl von Akteuren vor allem wiederum auf der Umwelt- und Nachhaltigkeitsseite kritisch zum „3-Säulen-Modell“. Der Nachhaltigkeitsrat etwa möchte sich generell „derart formalisierten Diskussionen darüber, ob nun 3 Säulen oder vielleicht noch eine vierte“ enthalten und Nachhaltigkeit eher konkret in Projekten definieren.

Das Nachhaltigkeitsnetzwerk genant wiederum kritisiert das Modell noch deutlicher und begründet diese Kritik damit, dass die Ökonomie keinen Selbstzweck habe, sondern vielmehr Mittel zur sozialen Wohlfahrt sei und damit keine eigene Säule bilden könne.

Der Umweltverband BUND schließlich lehnt das Modell ab, weil es ökologische Grenzen der Belastbarkeit gebe, in die sich die ökonomische und die soziale Entwicklung einfügen müssten.

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zeigt sich dem „3-Säulen-Modell“ gegenüber kritisch. Sie versteht, ähnlich wie das Nachhaltigkeitsnetzwerk genannt die Ökonomie nicht als eigenständige Säule, da sie kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der gesellschaftlichen Wohlfahrt sei. Interessant ist, dass sich Nachhaltigkeit, übersetzt in die Sprache der evangelischen Kirche, anstatt aus den drei Säulen „Ökologie, Soziales und Ökonomie“ aus den drei Säulen „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ zusammensetzt. Wenngleich innerhalb der Evangelischen Kirche praktisch das gesamte Spektrum der gesellschaftlichen Positionen bezüglich Nachhaltigkeit abgebildet sei, neige sie insgesamt wohl eher, so der befragte Vertreter, zum Pol „starker Nachhaltigkeit“, welche in „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“ viel stärker angelegt sei.

Starke Nachhaltigkeit geht davon aus, dass Naturkapital nur sehr beschränkt bzw. gar nicht durch andere Kapitalarten ersetzt werden kann. Vor allem Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure wie der BUND vertreten eine Position starker Nachhaltigkeit.

3.3.2 Naturbilder

Hinter den einzelnen Nachhaltigkeitsverständnissen der Akteure stehen jeweils unterschiedliche Naturbilder. Ein Naturbild, in dem so genannte „Eigenrechte der Natur“ betont werden, findet man in der Regel bei den Umweltverbänden am stärksten ausgeprägt. Im Sozialdiskurs wiederum steht der Mensch stärker im Mittelpunkt.

Eine Kompromisslösung zwischen diesen beiden Polen deutet sich insofern an, als dass auch von Umweltseite ein anthropozentrisches Naturbild nicht kategorisch abgelehnt wird. Der Umweltverband BUND beispielsweise spricht explizit davon, innerhalb seiner Organisation sowohl ein anthropozentrisches als auch ein biozentristisches Naturbild zuzulassen.

Auch das Nachhaltigkeitsnetzwerk genannt legt sich auf keines der beiden Naturbilder fest, formuliert aber Kritik an einem Naturbild, das den Menschen allein in den Mittelpunkt stellt.

Insgesamt zeigt sich, dass der Zusammenhang von Ethik und Ökologie zwar als offenkundig gilt, doch lassen einige der Interviewten, die aus Sozialverbänden kommen, hier deutliche Orientierungsunsicherheiten erkennen.

Die Rürup-Kommission beispielsweise bezieht keine Stellung zur Frage eines Naturbildes. Auch Econsense hat sich, wie der Großteil der Wirtschaft, noch nicht auf „diesem Konkretisierungsniveau“ mit der Thematik auseinandergesetzt, sieht aber wie die anderen Sozial-

akteure den Menschen klar im Mittelpunkt und die Natur als eine Ressource für menschliche Zwecke.

Auch der Vertreter der Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) vertritt kein spezifisches Naturbild. Auch er sieht den Menschen im Mittelpunkt und versteht Natur als ein „Luxusgut an der Spitze der Bedürfnispyramide“.

Ähnlich ist es beim Deutschen Gewerkschaftsbund, der sich ebenfalls auf kein bestimmtes Naturbild festlegt. Der Vertreter des DGB sieht „bei dem Recht auf eine intakte Umwelt natürlich Fragen von Artenvielfalt und -schutz genauso tangiert. Aber im Wesentlichen drehte es sich bei einem Gewerkschaftsbund wie dem DGB natürlich in erster Linie um den Menschen.“ (Interview DGB).

Auch der Sozialverband VdK stellt den Menschen in den Mittelpunkt, kann sich jedoch nicht dezidiert zu einem Naturbild äußern. Für ihn sind Natur und Umwelt „zweitrangig“, Tiere spielen primär beispielsweise als Begleiter blinder oder allein stehender Menschen eine Rolle.

Für die Evangelische Kirche ist die Umwelt die „Mitwelt“ des Menschen, die ihm zur Bewahrung anvertraute Schöpfung.

3.3.3 Umweltgerechtigkeit

Bei den Gerechtigkeitsverständnissen konkret im Umweltbereich zeigt sich ein weites Spektrum an Prinzipien. Insgesamt sind zunächst die Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure in ihren Aktionen und Handlungen diesbezüglich schon weiter fortgeschritten als die befragten Sozialakteure. Dennoch zeigen sich auch auf sozialer Seite ähnliche Verständnisse.

Auf das Prinzip „Vorsorge“ beispielsweise, das durchgängig von allen Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteuren verfolgt wird, beziehen sich auch soziale Akteure. Der Sozialverband VdK setzt vor allem im Gesundheitsbereich auf Vorsorge. Die Evangelische Kirchen in Deutschland (EKD), die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stimmen darüber hinaus explizit einem *ökologischen* Vorsorgeprinzip zu.

Ebenso stimmen auch alle Akteure, wenn sie zu ökologischen Fragen Stellung nehmen, prinzipiell dem „Verursacherprinzip“ zu. Dieses Prinzip besagt, dass derjenige die Kosten für die Folgen eines umweltbelastenden Verhaltens oder Unterlassens zu tragen hat, der sie verursacht hat.

Weiterhin nehmen auch viele Sozialakteure das von Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbänden häufig artikuliert Prinzip „Saubere Umwelt für alle“ auf. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beispielsweise spricht sich ausdrücklich dafür aus und fordert: „Jeder hat ein Recht auf eine intakte Umwelt“.

Auch die evangelische Kirche stimmt diesem Prinzip zu. Umweltbeauftragte innerhalb der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) fordern dabei eine „faire Verteilung der wirtschaftlichen Folgen klimabedingter Katastrophen auf die ganze Gesellschaft“. Denn schließlich nimmt auch die EKD, wie insgesamt eine zunehmende Anzahl an gesellschaftlichen Akteuren, Ökologie und Soziales nicht mehr als Gegensätze wahr, sondern als Einheit.

Darüber hinaus herrscht auch über das Prinzip von Nord-Süd-Gerechtigkeit in Bezug auf Ressourcen und Umweltgüter weithin Einigkeit. Für viele zählt hierzu auch, umweltschädliche Produktionen gerecht zwischen Ländern des Nordens und des Südens zu verteilen.

Weitere Gerechtigkeitsprinzipien im Umweltbereich, die von den Akteuren angeführt werden, sind: das Prinzip unternehmerischer Verantwortung („Corporate Social Responsibility“), das Prinzip „Tiere brauchen Rechte“ oder das Prinzip eines gleichberechtigten Zugangs zu Umweltbildung im Rahmen ökologischer Chancengerechtigkeit.

Einige Akteure machen sich auch für eine sozial-ökologische Umgestaltung des deutschen Steuersystems stark. Der Faktor Arbeit sei zunehmend zu entlasten, während der Energie- und Rohstoffverbrauch zu verteuern sei.

Tendenzielle Uneinigkeit herrscht hingegen bei einzelnen strategischen Fragen. So ist beispielsweise kontrovers, ob mehr oder weniger Regulierung oder ob man eher stärker auf Effizienz (Forcierung des technischen Fortschritts als Voraussetzung einer umweltverträglichen Gesellschaft) oder Suffizienz (Genügsamkeit) setzen solle. Diese Unterschiede haben bereits oben (vgl. Abschnitt „Wohlfahrtsvorstellungen zwischen Effizienz, Suffizienz und Konsistenz“) im Hinblick auf verschiedene Wohlfahrtsvorstellungen und die damit verbundene Haltung zur Frage pro oder contra Wachstum eine wichtige Rolle gespielt.

Betont werden insgesamt schließlich grundlegende partizipative Prinzipien. So beispielsweise wird die Notwendigkeit vermehrter Partizipationsmöglichkeiten und demokratischer Entscheidungsprozesse in den Bereichen Umweltschutz und Ressourcenmanagement betont, die Notwendigkeit von mehr Geschlechtergerechtigkeit im Umweltbereich („Gender Mainstreaming“) und schließlich die Notwendigkeit einer ausgewogenen Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen, staatlichen Maßnahmen und kontrollierbaren Selbstverpflichtungen von Unternehmen.

3.4 Wahrnehmung von Schnittstellen auf der Handlungsebene

Die Befragung sollte auch Aufschlüsse darüber liefern, welche Handlungsperspektiven sich für das Thema Ökologische Gerechtigkeit in Deutschland ergeben können bzw. gesehen werden. Eine wesentliche Frage zu diesem Zweck zielte auf die Anknüpfungspunkte, die die Akteure für ein integriertes Konzept Ökologischer Gerechtigkeit untereinander sehen.

Viele Akteure verweisen hier auf potenziell gemeinsame Benefits und Nutzen, andere auch auf gemeinsame Grundwerte:

- Auf der Ebene gemeinsamen Nutzens: Eine gesunde Umwelt etwa könnte national zu mehr Lebensqualität und zu einem Mehr an sozialer Kohäsion beitragen, international die Armutsbekämpfung umfassend unterstützen. Weitere gemeinsame Nutzen werden in Bereichen wie Chancengerechtigkeit, Bildung aber auch Gesundheit und Barrierefreiheit wahrgenommen. Aber auch Fragen eines Grundeinkommens, der Dienstleistungsrichtlinie, der Ladenöffnungszeiten, einer Neuorganisation der Arbeitswelt, von Energie- und Kosteneinsparungen, der Ökosteuer oder generell der Umwelt als Wachstumsfaktor werden als Bereiche verstanden, in denen sich gemeinsame Nutzen einstellen können.
- Auf der Ebene gemeinsamer Grundwerte: Als gemeinsame Grundwerte werden die Prinzipien einer hohen Umweltqualität für alle, Prävention, die Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit und das Prinzip der Generationengerechtigkeit wahrgenommen.

Somit zeigt sich, dass es für ein integratives Konzept der Ökologischen Gerechtigkeit im Prinzip sehr viele Anknüpfungspunkte gibt und die befragten Akteure eine große Bandbreite von Anregungen bieten, in welchen konkreten Handlungsfeldern ein gemeinsames Verständnis von Ökologischer Gerechtigkeit dienlich sein könnte. Allerdings muss andererseits auch berücksichtigt werden, dass gerade diese große Bandbreite auch dazu führen kann, dass die in einem Interview geäußerte Befürchtung, der Gerechtigkeitsbegriff könne überdehnt werden, am Ende zutrifft.

Im Hinblick auf die Zukunft wünscht sich die große Mehrheit der befragten Akteure mehr übergreifende Bemühungen und Allianzen zwischen Akteuren verschiedener Bereiche und Themenfeldern. So beispielsweise:

- Der Rat für Nachhaltige Entwicklung erhofft sich insgesamt offensivere und verstärkt konzeptionelle Beiträge zum Thema Umwelt und Wirtschaftswachstum.
- Genanet wünscht sich soziale Bemühungen von Umweltseite nicht allein im Bereich der Umweltkommunikation, sondern auch stärker im Bereich der Umweltpolitik. Die Umweltpolitik müsse soziale Aspekte noch stärker hervorheben, z.B. in Form von „Impact Assessments“.
- In ähnlicher Weise wünscht sich auch der Sozialverband VdK, dass die Umweltpolitik noch stärker auch eine vernünftige Sozialpolitik einfordert.
- Der Umweltverband BUND regt an, dass die Sozialverbände stärker mit Konzepten der Neuorganisation der Arbeitswelt auch zur Umweltpolitik beitragen.

3.4.1 Skepsis bezüglich eines Brückenschlags von Umwelt- und Sozialthemen

Besonders für eine stärkere Thematisierung von Fragen nationaler *intragenerationeller* Gerechtigkeit im Umweltbereich werden zahlreiche Hemmnisse wahrgenommen. In der Befragung konstatieren viele Akteure daher eine gewisse Skepsis bezüglich eines Zusam-

menführens von Umwelt- mit Sozialthemen in Deutschland. Als mögliche Komplikationen werden häufig wahrgenommen:

- Komplexitätsprobleme: Zunächst mangle es oft an einer angemessenen Fachkompetenz zu derartigen Themen, die zudem schwer institutionell zu verorten seien. Weiterhin verstärke häufig Zeitdruck die dadurch entstehenden Probleme der schwierigen Machbarkeit. Gerade Langfristthemen jedoch ließen sich vielfach schlechter prozessieren als übersichtliche kurzfristig angelegte Projekte. Schließlich: Was zunächst nicht machbar erscheine, werde häufig gar nicht erst diskutiert.
- Begrenzungen bei den Interessenlagen: Ein weiteres Problem könnte ein bislang häufig nur begrenztes Interesse seitens der Akteure sein. Einige sprechen von „Scheuklappen“ gegenüber derartigen übergreifenden Themen oder auch von Spannungen zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb ihrer Organisationen.
- Resonanzprobleme in der Öffentlichkeit: Ein weiteres Problem wird in der Gefahr gesehen, dass die jeweiligen Akteure und Organisationen mit derartig komplexen Themen schlechter bis kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen würden.
- Zwänge der Realpolitik: Ein weiteres Problem, dass sich ergeben könnte, wird in der Spannung zwischen ideellem Anspruch und Realpolitik gesehen. Nach Einschätzung der befragten Vertreterin von genant „erschlägt das Arbeitsplatzargument im Moment alles“. Zudem erscheine das Thema häufig, wie im Fall der Rürup-Kommission, unvereinbar mit der eigenen Systemlogik – im Fall Rürup der Versicherungslogik.
- Finanzierungsprobleme: Schließlich äußern viele auch Sorgen hinsichtlich der Finanzierbarkeit derartiger Vorhaben. Genant beklagt beispielsweise, dass Gerechtigkeitsstudien primär für den Nord-Süd-Bereich finanziert würden und nicht für die Industrieländer des Nordens.
- Probleme mit dem Gerechtigkeitsbegriff: Einige Akteure sehen die Gefahr, den Begriff der Gerechtigkeit insgesamt zu überdehnen.

3.4.2 Umweltverhalten und Sozialstaatsumbau

Vor dem Hintergrund des Sozialstaatsumbaus war von Interesse, wie die jeweiligen Akteure die einschlägige aktuelle Reformdiskussion im Hinblick auf das Thema Ökologie und Gerechtigkeit bewerten.

Die Mehrheit der befragten Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure und auch einige der befragten Sozialakteure verbinden zumindest teilweise auch positive ökologische Erwartungen mit dem Umbau der Sozialsysteme in Deutschland. Kaum einer der befragten Umwelt- und Nachhaltigkeitsvertreter schätzt die Sozialstaatsreformen in Bezug auf ihre möglichen Umweltauswirkungen *per se* negativ ein und sieht nicht auch gewisse Chancen damit verbunden.

Viele halten den Grundgedanken der Agenda 2010 (Sozialstaat an die Realität anpassen) für gut und eher Faktoren wie Bildung und Erziehung für relevant für die Umweltschutzbe-

reitschaft – es dürfe nur nicht zu Prozessen kommen, die die Gesellschaft weiter auseinander treiben.

Der Vertreter des Nachhaltigkeitsrates sieht in den Reformen sogar insofern eine Chance auch für das Umweltverhalten der Bürger, als dass sie dazu beitragen könnten, den „inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu verbessern und die kommunikativen Bindungen zu stärken“.

Die Vertreterinnen des BUND und auch von Genanet verbinden mit Sozialkürzungen auch weniger Konsum und damit weniger Umweltverbrauch, wenngleich davon vor allem einkommensschwache Haushalte betroffen seien. Ebenso auf der negativen Seite sieht die Genanet-Vertreterin darüber hinaus einen Trend zum umweltbelastenden Billigkonsum. Für die BUND-Vertreterin bietet die gegenwärtige wirtschaftliche Situation auf der positiven Seite eine gewisse „Chance zu überlegen, wie man mit weniger Geld gut leben kann“.

Auch der Vertreter der Rürup-Kommission hat positive Erwartungen an die Sozialstaatsreformen im Hinblick auf die Umweltfrage: Strukturwandel reduziere auch immer bestimmte Umweltbelastungen.

Umgekehrt verbinden einige der befragten Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure und die Mehrheit der befragten Sozialakteure jedoch auch negative ökologische Erwartungen mit den Sozialstaatsreformen. Der Vertreter von Econsense erwartet, dass Umweltprobleme in der Bewertung durch den Bürger „für gewisse Zeit hinter soziale zurücktreten“ werden. Seine aus Unternehmersicht positive Erwartung ist, dass die Reformen mehr Raum für Eigenverantwortung für die Unternehmen und den Einzelnen erwarten lassen.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Sozialvertreter erwartet bei zunehmenden sozialen Konflikten und Knappheiten ein abnehmendes Umweltbewusstsein unter den Betroffenen (der Vertreter der CDA, des DGB und des VdK).

Der Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) macht keine Angabe zu dieser Frage: Die EKD halte sich bewusst mit konkreten Verlautbarungen zur Agenda 2010 zurück und habe auch mögliche Umweltauswirkungen maximal unverbindlich thematisiert.

3.4.3 Primärer Forschungsbedarf

In den Interviews haben die Befragten vor allem folgende Forschungsfelder genannt, welche sie für die Etablierung eines integrativen Konzepts der Ökologischen Gerechtigkeit in Deutschland als grundlegend ansehen:

- Umweltbelastungen und Konsummuster: Einheitlich wünschen sich alle Akteure zunächst mehr und systematischer Empirie zu Verteilungen von Betroffenheiten und Verbrauch in Deutschland. Gibt es Korrelationen zwischen Umweltqualität und Sozialem, wenn ja, wo (z.B. in den Bereichen „Bildung“, „Zugang zu Energie“)? Wie sind die Betroffenheiten von Umweltbelastungen und die Inanspruchnahme

von Umweltgütern verteilt? Unter welchen Lebens- und Umweltbedingungen leben sozial Benachteiligte in Deutschland? Welche finanziellen Spielräume haben die Menschen, die bei Billigdiscountern einkaufen? Wo bestehen konkret Verschränkungen zwischen Ökologie und Sozialem im nationalen Kontext? Im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte seien bislang primär Verschränkungen zwischen Ökologie und Ökonomie herausgearbeitet worden.

- Gerechtigkeit: Auch zu einer grundlegenden Gerechtigkeitsdebatte wünschen sich viele der befragten Akteure mehr Forschung und Diskussion. Jenseits einer bloßen Monetarisierungsdebatte könne eine normative Grundsatzdiskussion über unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen hilfreich und eine Bereicherung sein. Weiterhin wünschen sich viele eine Art Zusammenstellung der wissenschaftlichen Umweltthemen, die von ethischer Seite interessant sind.
- Umweltbildung und -kommunikation: Vor allem Umwelt- und Nachhaltigkeitsakteure wünschen sich mehr Forschung zu der Frage: Wen kann man wie erreichen? Wirtschaftliche Akteure wiederum wünschen sich primär hinsichtlich der Frage, wie man zu mehr Risikoakzeptanz gelangen kann, mehr wissenschaftliche Erkenntnisse. Wie kann die Risikokommunikation verbessert werden?
- Umwelt und Arbeit: Schließlich wünschen sich viele Akteure auch zum Thema „Neuorganisation der Arbeit“ mehr wissenschaftliche Erkenntnisse: Wie kann man über Sozialversicherungsreformen hinaus auch eine Sozialreform erreichen? Wie kann man besseres Arbeiten mit besserem Leben und besserer Umwelt verbinden? Dies sei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern eher der Form des Arbeitens und Produzierens. Schließlich, wie kann man aus einer Verknüpfung von Umwelt und Arbeit eine neue Qualität von gesellschaftlichem Leben, von Teilhabe, von Arbeitsplätzen schaffen?

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU) (2005): Kirchliche Umweltbeauftragte zur Grünen Gentechnik: Schutz des gentechnik-freien Anbaus sichert sozialen Frieden auf dem Land. Pressemitteilung, St. Ulrich, 04.05.2005. Als PDF unter <http://www.ekd.de/umwelt/pressemitteilungen.html> (letzter Zugriff am 25.01.06).
- Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU) (2005a): Nachhaltige Entwicklung muss Leitbild bleiben. Pressemitteilung, Darmstadt, 18.07.2005. Als PDF unter <http://www.ekd.de/umwelt/pressemitteilungen.html> (letzter Zugriff am 24.01.06).
- Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU) (2005b): Umweltbeauftragte der Kirchen: neuer Sprecher. Pressemitteilung, Darmstadt, 01.10.2005. Als PDF unter <http://www.ekd.de/umwelt/pressemitteilungen.html> (letzter Zugriff am 24.01.06).
- Balder, Holger (2003): Bewahrung der Schöpfung – Eine theologische Neuentdeckung und bleibende Herausforderung. In: Kordecki, Gudrun / Britta Rook / Wilhelm Wegner (Hrsg.) (2003): Und sie sahen eine neue Erde. 20 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der Evangelischen Kirche in Deutschland. Iserlohn.
- Bell, Derek R. (2003): Political Liberalism and Ecological Justice. Paper presented at ECPR General Conference, Environmental Politics Section, Panel 2 “Environmental and Ecological Justice”. Als PDF unter <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/generalconference/marburg/papers/8/2/Bell.pdf> (letzter Zugriff am 8.8.2006).
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) (2004): Jahresbericht 2004. BUND. Berlin.
- Bundesregierung (2004): Fortschrittsbericht 2004 – Perspektiven für Deutschland. Berlin. Als PDF unter http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/___Anlagen/fortschrittsbericht-2004,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/fortschrittsbericht-2004 (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Bundesregierung (2005): Wegweiser Nachhaltigkeit. Berlin. Als PDF unter www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/wegweiser_nachhaltigkeit/Wegweiser_Nachhaltigkeit_2005.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Bundesregierung (Hrsg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin. Im Internet unter <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Soziale-Sicherung/berichte,did=89972.html> (letzter Zugriff am 4.8.2006).

- Bündnis 90/Die Grünen (2002): Grundsatzprogramm. Berlin. Als PDF unter http://www.gruene.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) (1994): Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands: "Freiheit in Verantwortung". 5. Parteitag, 21. - 23. Februar 1994, Hamburg. Als PDF unter <http://www.cdu.de/doc/pdf/grundsatzprogramm.pdf> (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) (1993): Grundsatzprogramm. Als PDF unter <http://www.csu.de/home/UploadedFiles/Dokumente/Grundsatzprogramm.pdf> (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) (2001): Grundsatzprogramm der CDA: „Erst der Mensch, dann der Markt“. Beschluss der 29. Bundestagung am 10. Juni 2001 in Bonn. Berlin.
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) (2005): Leitantrag des CDA-Bundesvorstandes zur 31. Bundestagung der CDA, am 25./ 26. Juni 2005 in Bonn-Bad Godesberg. Berlin.
- Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) (2003): Nachhaltigkeit lernen: Hamburger Erklärung der Deutschen UNESCO-Kommission zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014). Als PDF unter <http://www.dekade.org/index.htm> (letzter Zugriff am 21.12.2005).
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (1996): Grundsatzprogramm „Die Zukunft gestalten“. Im Internet unter <http://www.dgb.de/dgb/grundsatzprog/grundsatz.htm> (letzter Zugriff am 1.02.2006).
- Diefenbacher, Hans (2002): Kirchen: Hervorragende Theorie, nachholbedürftige Praxis. In: BUND / Misereor (Hrsg.): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland. München. S.192-194.
- Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) (2003): Nachhaltigkeit lernen: Hamburger Erklärung der Deutschen UNESCO Kommission zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 – 2014. Verabschiedet auf der 63. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission am 11. Juli 2003. Hamburg.
- Econsense (2002): Grundlagenpapier für den Dialog. Als PDF unter <http://www.econsense.de/deu/publikationen.htm> (letzter Zugriff am 04.01.2006).
- Econsense (2003): Unternehmen Nachhaltigkeit – Standpunkte für die Diskussion. Als PDF unter <http://www.econsense.de> (letzter Zugriff am 25.11.2005).

- Econsense (2004): Corporate Social Responsibility – Ein Memorandum für Kreativität und Innovation. 24.März 2004. Als PDF unter <http://www.econsense.de> (letzter Zugriff am 8.12.2005).
- Elkins, S. (2005): Soziale Gerechtigkeit als umweltpolitisches Steuerungsproblem. In: Corsten, M.; Rosa, H.; Schrader, R.: Die Gerechtigkeit der Gesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 229-260.
- Elvers, Horst-Dietrich (2005): Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice) – Integratives Paradigma der Gesundheits- und Sozialwissenschaften? UFZ Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, Diskussionspapier. Leipzig.
- Freie Demokratische Partei Deutschlands (FDP) (2002): Umweltprogramm. Als PDF unter <http://www.fdp-bw.de/docs/Umweltprogramm.pdf> (letzter Zugriff am 5.10.2006).
- Genanet (2005): Frauen haben die Wahl! Frauen entscheiden! Wahlprüfsteine für die voraussichtliche Bundestagswahl 2005. Als PDF unter <http://www.genanet.de> (letzter Zugriff am 30.11.2005).
- Genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (2004): Positionen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive. Genastudien 1. Als PDF unter <http://www.genanet.de> (letzter Zugriff am 28. 11.2005).
- Grunenberg, Heiko / Kuckartz, Udo (2003): Umweltbewusstsein im Wandel. Opladen.
- Haan, Gerhard de (2001): Ethische Überlegungen zu einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Altner, G./Michelsen, G. (Hrsg.): Ethik und Nachhaltigkeit. Frankfurt/M., S. 176-206.
- Hauff, Volker (2004): Werte für die Zukunft. Rede am 11. November 2004 zur Jahreskonferenz des RNE. Als PDF unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> (letzter Zugriff am 05.12.2005).
- Hauff, Volker (2005): Werte im Wandel – Ethik im Handel. Festvortrag auf der BioFach-Messe Nürnberg am 24.02.2005. Als PDF unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> (letzter Zugriff am 02.12.2005).
- Hauff, Volker (2005a): Nachhaltigkeit – Schönwetterthema oder Kompass für die Wirtschaft?. Vortrag zur Reihe „Anstöße“, Umweltministerium Baden-Württemberg, Stuttgart am 18.10.2005. Als PDF unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> (letzter Zugriff am 2.12.2005).
- Heinrich, J., u.a. (1998): Soziale Ungleichheit und umweltbedingte Erkrankungen in Deutschland: Ergebnisse und Handlungsansätze. Landsberg.
- Hirrlinger, Walter (2003): Aktion „50+ / Mehr Jobs für ältere Arbeitnehmer“. Rede auf der Pressekonferenz am 5. Juni 2003. Als PDF unter

http://www.vdk.de/perl/CMS_Page.cgi?ID=de1495&SID=ari7mEU1LnjOvbdos8QKUE26ItIdSpP (letzter Zugriff am 20.02.2006).

LIFE e.V./FrauenUmweltNetz (Hrsg.) (2005): Gender Mainstreaming in Deutschland. Auf dem Weg zu geschlechtergerechter Umweltpolitik. LIFE e.V./FrauenUmweltNetz. Frankfurt a. M.

Linkspartei.PDS (2003): Parteiprogramm. Chemnitz. Im Internet unter <http://sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm> (letzter Zugriff am 5.10.2006).

Maschewsky, Werner (2004): Umweltgerechtigkeit – Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung. Discussion paper. Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin.

Mittelbach, Klaus (2005): Keine Einseitigkeit zugunsten der Ökologie. In: Altner, Günter et. al. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 2006. München, S. 141-148.

Ökumenische Initiative Eine Welt (ÖIEW), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) (Hrsg.) (2001): Die Erdcharta.

Politische Ökologie (Hrsg.) (2003): Green peace wird es ohne social peace nicht geben. Zur Zukunft der Bewegungen Ein Gespräch mit Angelika Zahrt und Sven Giegold. Politische Ökologie 85/03. München. S.59-62.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (2004): Zukunfts-Zuversicht mit Nachhaltigkeit. Abschlussveranstaltung „Bochumer Nachhaltigkeitscheck“ am 06.07.2004. Als PDF unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> (letzter Zugriff am 2.12.2005).

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (2004a): Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft. Bericht. Als PDF unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/studien/Bericht_Momentaufnahme_Nachhaltigkeit_und_Gesellschaft_2004.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) (2005): „Beiträge zu einer Generationenbilanz Nachhaltigkeit“ – Zwischenbericht des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Als PDF unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> (letzter Zugriff am 5.12.2005).

Röhr, Ulrike / Becker, Anja (2005): Mehr als ein Feigenblatt. In: Politische Ökologie 97-98. Dez. 2005/ Jan. 2006. München. S.61-64.

Schubert, Klaus (2003): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (1989, 1998): Grundsatzprogramm. Berlin. Als PDF unter http://www.spd.de/show/1682028/spd_berlinerprogramm.pdf (letzter Zugriff am 5.10.2006).

- Umweltbundesamt (2002): Nachhaltige Konsummuster – Ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für Umweltkommunikation. Berlin.
- Wehrspaun, M.; Eick, M.; Löwe, C.; Schlüns, J. (2005): Nachhaltigkeitspolitik, soziokultureller Wandel und Ökologische Gerechtigkeit. Problemaufriss zum UBA-WI-Fachgespräch am 12.5.2005 (zur Publikation vorgesehen unter <http://www.umweltbundesamt.de>, Themenseite: Umweltbewusstsein und Nachhaltiger Konsum).
- Wilke, G. (2003): Nachhaltige Wohlfahrt. Perspektiven nachhaltiger Lebensführung unter den Bedingungen sich wandelnder Sozialsysteme. Unveröffentlichte Projektskizze.
- Wilke, G. et al. (2005): Weiterentwicklung und konzeptionelle Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland: Vorbereitungsworkshop. Schlussbericht. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Wuppertal.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2005): Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München.
- Zahrnt, A. (2001): Allianzen für Nachhaltigkeit. Diskussionsbeitrag auf dem Jahreskongress des Wissenschaftszentrums NRW 2001. In: Hennicke, Peter (Hg.) (2002): Nachhaltigkeit – ein neues Geschäftsfeld? Stuttgart/ Leipzig.
- Zahrnt, A. (2003): 11 Thesen zur Globalisierung. Statement der BUNDVorsitzenden Angelika Zahrnt zur Auftakt-Pressekonferenz McPlanet.com. Als PDF unter <http://www.bund.net> (letzter Zugriff am 02.12.2005).
- Zahrnt, A. (2003a): Lebensstil light: Gut leben statt viel haben? In: Die Umwelt in der Globalisierungsfalle – McPlanet.com. Hamburg.
- Zahrnt, A. (2005): Gastbeitrag bei der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen am 15. Oktober 2005 in Oldenburg. S.188-191. Als PDF unter <http://www.bund.net> (letzter Zugriff am 2.12.2005).